

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal, pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Für alle Expeditionen für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Kündler,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hohenstraße 4.  
die Genossenschaftsbuchhandlung, Reichenstraße 44.  
K. Hebel, Petersstraße 18.  
B. Müller, Bayerstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 24. Sonnabend, 22. März. 1873.

**Wegen zu großen Stoffandrangs mußte der für diese Nummer bestimmte Leitartikel zurückgelegt werden.**

## Parteigenossen!

In wenigen Tagen beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Erinnert Euch, daß es Eure Pflicht ist, mit allen Euch zu Gebote stehenden Kräften für seine weitere Verbreitung auf's Neue einzutreten!

Unsern gemeinsamen Bemühungen ist es gelungen, den Abonnementstand in diesem Quartal um 498 zu erhöhen, aber dieser Erfolg darf und kann uns nicht befriedigen; es müssen größere Anstrengungen gemacht, es muß eifriger und thatkräftiger für seine Verbreitung eingetreten werden. Viele Parteigenossen haben bisher in der Agitation die Einbürgerung des Parteiorgans zu wenig betrieben, und doch liegt in der weitesten Verbreitung desselben unser bester Halt und unsere beste Stütze. Was wäre unsere Organisation, unsere Partei ohne das Organ? Zeigen wir unsern Feinden, was die Arbeiterklasse an Opferwilligkeit und treuer Pflichterfüllung zu leisten vermag, wenn es gilt, für ihre Befreiung und die Verwirklichung unserer großen Prinzipien einzutreten.

Kämpfen wir ununterbrochen, erobern wir uns den Boden, indem wir unsere Geisteskräfte bis in die ärmste Hütte tragen. Die beste und schneidigste Waffe aber ist unser Parteiorgan. Halte es also auch jetzt wieder bei dem neuen Quartalwechsel ein Fester von Euch es für seine erste Aufgabe, ihm neue Leser und damit der Partei neue Mitglieder und neue Kämpfer zuzuführen. Nur wer dies sich zur Pflicht macht, thut als Parteimann seine Schulpflicht. Handelt darnach.

Die Verwaltung.

## Politische Uebersicht.

Der „Reichstag“ — der am 12. d. M. zusammengetreten ist — hat abermals das komische Bedürfnis gefühlt, sich vor der Welt unsterblich zu blamieren: Er hat den Antrag von Schrapf-Sonnenmann auf Haft-Entlassung des Abgeordneten Bebel für die Reichstagsdauer „mit sehr großer Majorität“ abgelehnt. Das heißt auf reichsdeutsch: 200 Leute haben Furcht vor Einem Mann. Ein bekannteres Zeugnis für die Bedeutung der Glandau-Recreaner Wahl konnten sich die 10<sup>1/2</sup> Tausend Bebel'schen Wähler nicht wünschen; sie werden sich nicht beklagen, „unvertreten“ zu sein; sie werden es sich vielmehr zur Ehre rechnen, diejenigen gewesen zu sein, welche der Welt plausibel gemacht, was deutscher Parlamentarismus heißt. Der Glandau-Recreaner Wahlkreis wird für die politische Geschichte Deutschlands die Bedeutung haben, die der erste Pariser Wahlbezirk früher für Frankreich hatte; und der letzte Protest der 10<sup>1/2</sup> Tausend Bebel'schen Wähler wird von der Geschichte mehr gewürdigt werden, als die ganzen dicken Bände von Makulatur, die von den Herren „Volksvertretern“ der Reichweite hinterbleiben. „Am 18. März 1848“ — wird die Geschichte sagen — „wurde der Parlamentarismus in Berlin geboren. Am 19. März 1873 wurde er — 25 Jahre und 1 Tag alt — ebenfalls feierlichst offiziell begraben, nachdem die moralische Schwindsucht, die ihn von der Geburt an anhaftete, ihn so aufgezehrt hatte, daß er nicht einmal den Tag erlebte, an dem das 25-jährige Jubiläum eines Ereignisses gefeiert wird, das für die Geburt des Parlamentarismus so bedeutungsvoll war: nämlich das 25-jährige Jubiläum der Flucht eines Berliner „Unter den Linden“.

Die deutschen Staatsanwälte machen jetzt wieder so viel in „Majestätsbeleidigung“. Wie wir's, wenn wir — und alle unsere Genossen zugleich mit uns — uns angewöhnten, statt ein eigenes Urteil über den und jenen Fürsten zu fällen, uns damit zu begnügen, den Betreffenden selbst von und über sich reden zu lassen! Zum Beispiel:

1) Der Großherzog von Mecklenburg, der Verfasser des Wortes: „Schönes Kavalleriegefecht“. Am Tage nach der Explosion von Laon (10. Sept. 1870) schrieb er einen Brief vom Feld nach Hause, der also lautete: „Wir sind alle gestern, zwar fahrend, hierher marschirt; die Stabsordonnanz ist am Kopfe leicht bleibend und mit uns hier; die anderen Pferde unten in der Vorstadt hatten sich losgerissen; fortgelassen und sind meist geschunden, aber schon gestern mitmarschirt. Der Kronprinz von Sachsen kam sehr liebenswürdig gleich am andern Morgen zu mir und war außer sich. Die Kugel, die auf dem Obergünder abgefeuert hatte, ist schon geheilt, aber die durch Balken erhaltene Kontusion ist noch sehr geschwollen und did mit Blut unterlaufen. Das Gehen am Stod geht schwach.“

2) Der König von Preußen:  
a) Programm des Prinzregenten vom 8. Novbr. 1858: „In beiden Kirchen muß mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin zielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche — wir können es nicht leugnen — ist eine Orthodoxie eingelehrt, die sofort in ihrem Gesolge die Heuchelei hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen „Union“ hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenthums zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist.“

b) Ansprache des Königs von Preußen an den Vorstand der „Union“-feindlichen hyper-orthodoxen Brandenburgischen Synode im November 1869:  
„Ich wünsche, das in Frieden angefangene Werk möchte in Frieden vollendet werden. Wir haben viel Feinde — ich denke nicht an die Katholiken. Wenn wir nicht mehr den Glauben haben an

den Heiland, daß er ist der Sohn Gottes, was soll dann werden? Dann wären auch seine Aussprüche nur Menschenfahrungen.“

c) Der Deutsche Kaiser bei Einweihung der Zionkirche in Berlin 1873:

„Ich wünsche, daß hier immer der Gottessohn gepredigt werde, der vom Himmel gekommen ist — was man freilich jetzt leugnen will. Welche Folgen soll das aber haben? Sie werden das niemals predigen!“

Zur Presskorruption. Verschiedene hoffnungsfelige „Liberalen“ hatten davon geträumt, die Preussische Regierung würde den Zeitungs- und Kalenderstempel jetzt, da sie „so heidenmässig viel Geld“ hat, aufheben. Die Regierung hat aber in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses diesen sonderbaren Schwärmerieen ein Ziel gesetzt, und die kategorische Erklärung abgegeben, daß sie an eine solche Maßregel nicht denke (obgleich der Hr. Finanzminister positive Versicherungen gemacht); die betr. Steuer habe übrigens keinen politischen, sondern nur einen finanziellen Zweck, und sei auch nicht drückend. Das „Haus“ faßte zwar trotz dieser Erklärung einen Beschluß gegen Verbeibaltung der Steuer, doch das ist eben nur Arbeit für den „Papierkorb“. Zu dieser neuesten Szene der Preussischen Parlamentaristik bemerkt mit Recht der Frankfurter „Beobachter“ (dem dieser Tage in einem Pressprozeß der Beweis für die „politische Heuchelei“ des Grafen Bismarck so vollständig gelang, daß der Gerichtshof aus Freisprechung erkennen mußte): „Wir erwarten, so lange Hr. von Bismarck die Seele des Preussischen Ministeriums ist, auch nicht im Entferntesten eine Erleichterung der Lasten, welche auf der unabhängigen Presse ruhen. Wohl aber hätten wir gehofft (freilich eine sehr süßne Hoffnung, R. d. V.), daß der Landtag einmal bei dieser Gelegenheit den schenlichen Unfug aus Licht gezogen hätte, welcher mit Hilfe der aus dem Reptilienfond stiehenden Gelder in Bezug auf die Thätigkeit der Presse — die doch in allen Staaten der Welt als ein mächtiger Faktor des öffentlichen Lebens betrachtet wird (gerade deshalb muß sie korrumpirt werden, Red. d. V.) — nun seit Jahren bei uns stattfindet. Stambulöser ist die offizielle Presswirtschaft mit allen ihren schmutzigen Ausläufern unter Louis Bonaparte in Frankreich niemals getrieben worden, wie sie in Deutschland gegenwärtig in Blüthe steht. Die Summen, welche jährlich zur Erhaltung der „nichteingestanzenen“ Presse und zum An- und Verkauf von Zeitungen durch das Centralpressbureau in Berlin verwendet werden, übersteigen nach aller Wahrscheinlichkeit um ein Erhebliches die Summe des Ertrags des gesamten Zeitungstempels in Preußen (nun mindestens das Doppelte, R. d. V.). Für solche Zwecke ist reichlich Geld vorhanden — für die Aufhebung der Steuer auf unabhängige Blätter natürlich nichts. Der Landtag hat dieses liebliche Verhältnis auch bei dieser Gelegenheit nur ganz nebensächlich zur Sprache gebracht, und die nationalliberale Partei insbesondere wird die Augen dazu wohl noch auf lange Zeit gerne zudrücken, da sie ja wesentlich mitgeholfen hat, diesen Zustand zu schaffen (und da ihre Parteiorgane auch tüchtig aus dem Reptilienfond „gepeist“ werden, R. d. V.). Wir trösten uns aber damit, daß der servile Erfolgskultus und die „politische Heuchelei“ in Deutschland ebenso wenig zum dauernden Triumphe gelangen werden, wie sie unter dem biedereren Bonaparte in Frankreich vor der Gerechtigkeit der Geschichte Stand zu halten vermochten.“

So der Frankfurter „Beobachter“. Wenn derselbe meint, die Presskorruption sei unter Bonaparte „niemals skandalöser betrieben“ worden, als im Bismarck'schen Preußen, so bleibt er damit hinter der Wahrheit zurück; denn unter Bonaparte war die Presskorruption bei Weitem nicht so allgemein, und lange nicht in so großartigem Umfang und so systematisch organisiert, wie dies im Neuen Reich der Hrn. Bismarck, Sieber und Wagener der Fall ist. Man würde den betreffenden, wahrhaft monströsen Leistungen des genannten Triumpvirats das Zeugnis der „Genialität“ nicht verlagern können, wüßten wir nicht, daß es bloß das Rezept des Korruptesten der Korrupten, — und darum von den gesinnungstüchtigen deutschen Geschichtschreibern in den Himmel erbobenen —, (auch) „Grafen“ Mirabeau huchstäblich befolgt hat. Man lese den famosen Bestehungsplan dieses Helden der Dahlmänner, Häusser, Sybel und Consorten, und man wird uns sofort bepflichten.

Da wir gerade bei diesem unsauberen Thema sind, sei hier erwähnt, daß Hr. Kobolski, den die Bismarck'schen Pressurlos neulich verleugneten, weil er einmal irrtümlich — die Wahrheit gesagt hatte, seit einigen Tagen aus Kosten des Reptilienfonds ein bloß auf 3 Seiten bedrucktes Blatt ohne Titel herausgibt, das in die Provinz verschickt und dort von Unteragenten des Pressbureaus auf der leergelassenen 4. Seite mit einem „lokalen Theil“, Lokalannoncen und Titel versehen wird, so daß es unter den verschiedensten Aushängseln dieselbe Waare auf billige Art in die verschiedensten Orte einschmuggelt — ein sündreicher Kniff, der übrigens ebenfalls nicht das Verdienst der Originalität besitzt, inwiefern er — freilich nur zu spekulativen Privatzielen — seit Jahrzehnten in England geübt wird.

Weiter ist noch zu bemerken, daß einer Mittheilung des Frankfurter „Beobachters“ zufolge die „Frankfurter Presse“, die notorisch Eigenthum des Berliner Pressbureaus ist, den Betrag der von ihr entrichteten Stempelsteuer vom Pressbureau, das heißt von der Preussischen Regierung zurückvergütet bekommt! Da nun aber nicht anzunehmen, daß für die Frankfurter „Presse“ ein apartes Würschchen gebraten wird, so folgt hieraus, daß die Preussische Regierung den ihr gehörenden und ergebenden Blättern die Stempelsteuer thatsächlich erläßt, und sie nur den Zeitungen auflegt, welche sich nicht von ihr kaufen lassen. Mit andern Worten, daß die Stempelsteuer nur für die unabhängige, nicht für die abhängige Presse besteht! Ein etwas feineres

Mittel, ihre eigenen Gesetze zu „umgehen“, wo es ihr nützlich scheint, sollte die Roon'sche Regierung der „ehrlichen“ Leute doch wohl entdecken können!

Alle Nachrichten über die angebliche Beendigung des Strikes und Lockouts in Südwaales sind ebenso viele Lügen. Die Eisenarbeiter haben hier und da in kleiner Anzahl die Arbeit wieder aufgenommen, zum Theil unter günstigeren Bedingungen, als die Grubenbesitzer anfänglich boten; allein die Masse der Kohlenarbeiter steht unerhöchlich fest, und wie schon wiederholt gesagt wurde, auf sie kommt Alles an. Dagegen häufen sich die Symptome, daß die Grubenbesitzer gewonnen sind, klein beizugeben. —

Unserer Notiz (in vor. Nr.) über Castelar's Rundschreiben haben wir noch anzufügen, daß die „Emancipacion“ genau dasselbe Urteil darüber fällt und sie „nicht eine Deut- (memorandum), sondern eine Bittschrift (memorial)“ und zwar eine der feigsten, speichelleckerischsten Art nennt. —

Bahlteich moquirt sich in der „Chemn. Fr. Presse“ über unsern Artikel betreffend die Zwidauer Gefängnisordnung, indem er bemerkt, Rost habe geschrieben, daß er mit der ihm widerjahrenden Behandlung zufrieden sei; weiter gibt Bahlteich unserm „Correspondenten“ den Rath, lieber vorsichtiger zu sein und nicht gleich dem Direktor zu „verdächtigen“. Nun, der „Correspondent“ des „Volksstaat“ hat die Direction des Zwidauer Gefängnisses nicht „verdächtigt“, er hat es aber unter seiner Würde gehalten, das Sammtprotokoll der Willkühr, genannt „milde Praxis“, zu fassen, und sich für ein Reglement zu begeistern, das, wie Bahlteich selbst in einem seiner Artikel gesagt hat, es in die Gewalt des Anstaltsdirektors gibt, „aus dem Landesgefängnis nicht bloß ein Zuchthaus, sondern eine Hölle zu machen.“ (Freie Presse Nr. 41, S. 1, Sp. 2, Z. 15 u. 16). Wenn Hr. Bahlteich es mit seinem sozialdemokratischen Gewissen vereinigen kann, sich deshalb für das Zwidauer Landesgefängnis zu begeistern, weil der gegenwärtige Direktor von seiner gesetzlichen Befugnis, es „zu einer Hölle zu machen“, zufällig keinen Gebrauch macht, so ist das Sache des Hrn. Bahlteich. Unser „Correspondent“ hat es mit dem System zu thun, er will nicht, daß solche Befugnisse existiren, er fordert eine humane Gefängnisordnung, und zwar für alle Gefangenen gleichmäßig, nicht bloß für unsere Parteigenossen. —

## Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Bapreuth, 10. März. Wie es um das Wohl der Arbeiter unseres Gewerbes bei einer so unglücklichen Winterfaison steht, brauchen wir wohl nicht erst zu zergliedern, zumal wenn ein Arbeitgeber nicht gar zu human mit seinen Arbeitern umgeht. So z. B. der Arbeitgeber des ältesten größeren Geschäfts dahier. Diejenigen Arbeiter, welche auf Tag sind, haben zu arbeiten, so viel sie nur fertig bringen, und die Anderen — die können spazieren gehen und Schulden machen. Heute lesen wir in hiesigen Lokalblättern, daß das betreffende Geschäft tüchtige Arbeiter sucht, und doch müssen die älteren Arbeiter noch immer tagelang sitzen; wir glauben, es wäre besser, wenn man erst die alten beschäftigte und ihnen gerecht würde, als daß man noch mehr einstellte.

NB. Wir finden uns veranlaßt, den Herrn Arbeitgeber auf den „Angoburger Congress“, das Referat des Herrn Bischoff, das Confectionsgeschäft betreffend, aufmerksam zu machen.

Internationaler Gewerksverein vereinigter Maler, Lackirer, Vergolder &c.

Bresden, 9. März. Jetzt, nachdem unser Gewerksverein ein Jahr bestanden, sehe ich mich veranlaßt, dem Wunsche des „Volksstaat“ gemäß viele Andere einen Jahresbericht, den ersten und infolge veränderten Wahleresultats der Verwaltungsborgane zugleich den letzten meinerseits für den „Volksstaat“ einzufenden. Den Anstoß zur Bildung unseres Gewerksvereins bildete die Arbeitkarte, die die Prinzipale einzuführen gedachten. In einer öffentlichen Hauptversammlung ward unsererseits die Arbeitkarte verworfen und durch eine Deputation von 3 Mann den Prinzipalen das Gesuch gestellt, die Karte zurückzunehmen, weil die Karte gegen die Ehre und Freiheit der betreffenden O hrischen enthalte, und statt dessen Accordarbeit einzuführen. Das Gesuch ward von den Prinzipalen einfach mit dem Bemerkten abgelehnt, die Ausführung der Arbeitkarte sei bereits beschlossene Sache, zur Einwendung unsererseits sei zu spät. Auch zur Motivierung des Gesuchs ward den Deputirten nicht das Wort gestattet. Es erfolgte hierauf nach einigen Versammlungen die Constituirung unseres Gewerksvereins am 17. Februar 1873, der bezweckte, seine Mitglieder gegen Maßregelungen zu schützen, durch öftere Zusammenkünfte den kollegialischen Geist zu pflegen und durch Gründung eines Arbeitsschlichtungsbureaus den heimischen wie fremden Collegen alle möglichen Unterstützungen zu gewähren.

Die Gründung des Vereins blieb nicht ohne Einfluß: die Arbeitkarte ist verschwunden, eine Produktionsgenossenschaft der Maler, Lackirer und Vergolder entstand, die jedem Fachgenossen von gutem Rufe Gelegenheit bot, selbstständig daran Theil zu nehmen. Die Genossenschaft, dem Prinzipale tren, nur gute Arbeit bei solcher Preisstellung zu liefern, giebt durch ihren ersten Geschäftsbericht das Zeugnis ihrer Lebensfähigkeit und blühenden Existenz. Auch in Unterstützungen an Hiesige und Fremde hat der Verein sein Möglichstes gethan. An Maßregelungen hat es gleichfalls nicht gefehlt; nachdem die Hauptversammlungen einige Mo-

nate hindurch an einem andern Tage als dem in den Statuten festgesetzten abgehalten worden waren, ohne daß von dem inzwischen verstorbenen Vorsitzenden diesbezügliche Anzeige gemacht war, ward der Unterzeichnete plötzlich nach der letzten Hauptversammlung zu einer Geldstrafe von 5 Thlr. und in die Kosten verurtheilt; ein Gesuch um Erlassung derselben, weil ich nicht glauben konnte, für die Verbrechen eines Andern büßen zu müssen, hatte keine Folge. Die Strafe ist vom Verein erlegt, eine 14 Tage später zuerkannte Strafe derselben Art jedoch erlassen.

In dem täglich Anmeldungen zur internationalen Gewerkschaft der Braunschweiger Maler &c. stattfinden, wird durch dieses unser Wirkungskreis ein ausgedehnter werden.

Da gegen die Productivgenossenschaft hier Schritte geschehen, so erläßt der Gewerksverein hierdurch eine allgemeine Warnung an alle Kollegen. Arbeitsnachweis befindet sich im Comptoir der Association Lucas, Dstraalke Nr. 4.

Das Wahlergebnis der letzten Generalversammlung ist: Rosenbaum, Vorsitzender, Wölkel, Schriftführer, an welchen Legierten Briefe &c. zu richten sind.

Mit gewerkschaftlichem Gruß  
Heinrich Gathemann, seitheriger Vorsitzender, jetzt Cassirer.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Präsident**, im März. Aufruf zur Generalversammlung der Schuhmachergewerkschaft nach Weimar den 1., 2., 3. u. 4. Juni 1873. Schuhmacher und Gewerksgenossen! wo Ihr auch weilt, welcher Landmannschaft Ihr auch angehört, Euch Allen senden wir hierdurch die herzlichsten Brudergrüße!

Mitbrüder, die Ihr mit uns die Mühseligkeiten unsres Berufs erkannt und zu tragen habt, blickt um Euch und sehet wie die Bewegung unter allen andern Gewerken eine viel lebendigere ist als unter den Schuhmachern, und doch wissen wir, daß die Lage der Schuhmacher die gedrückteste unter allen Gewerken ist. Vergleichen wir Arbeitszeit und Lohn zwischen Schuhmacher und Handarbeiter, so müssen wir bekennen, daß (mit wenig Ausnahmen) ein solcher Vergleich zu unsern Ungunsten ausfallen wird. Wozu haben wir die schweren Lehrjahre durchgemacht? Weshalb eine jahrelange Wanderschaft zur Ausbildung für eine zukünftige Selbstständigkeit überstanden, wenn wir vor Augen sehen, daß wir durch die Großproduction der Fabriken zeitweilig zur Lohnsclaverei verdammt, an eine Selbstständigkeit nicht mehr denken dürfen? Wozu überhaupt noch eine Profession für schweres Geld erlernen, wenn der Tagelöhner vom ersten Tage an seinen Lohn verdient und materiell besser gestellt ist, als wir? Schuhmacher! bedenkst Euch dieses alles selbst, wollt Ihr, trotz der jammervollen Lage, trotz aller Aufforderungen, trotz den Vereinigungen brutaler Fabrikanten und Großmeister noch länger gleichgültig vereinigt, eure Jugendkräfte im Dienste der Ausbeuter für einen Hungerlohn hingeben? Wollt Ihr noch länger an Euch und Eurer Zukunft freveln, ehe Ihr begreift, daß wir nur als vereinigte Masse die schamlosen Eingriffe der Gegner in unsre natürlichen Menschenrechte zurückweisen können? Mitbrüder! ja Ihr werdet endlich Alle wie ein Mann sowohl eure Menschenrechte zu behaupten, wir auch eure Pflichten zu erfüllen wissen: darum Alle auf nach Weimar. Die Generalversammlung findet am 1., 2., 3. und 4. Juni statt, sorgt dafür, daß aus allen Gauen tüchtige Delegirte gesendet werden, es gilt die bereits seit Jahren bestehende Gewerkschaft im Interesse Aller zu erweitern, es gilt trenn dem Prinzip, wie es unser Statut nachweist, dem Ziele näher zu kommen, es gilt die Gewerkschaftskrankenkassen ins Leben zu rufen. Thut eure Pflicht!

Die Tagesordnung lautet: 1) Rechenschaftsbericht der Verwaltung. 2) Die Gewerkschaft und der Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein in Berlin. 3) Revision unsres Statuts. 4) Die Gewerkschaftskrankenkasse. 5) Ueber die Arbeitszeit und die Striktes. 6) Wahl des Vororts. 7) Gewerkschaftliches.

Wir bitten die Berufsgenossen allerorts, die Wahl der Delegirten zeitig genug vorzunehmen, damit bis zum 7. Mai alle Delegirten bei uns angemeldet sind. Jedes Mandat hat den Namen des Gewählten, des Orts und die zu vertretende Stimmzahl nachzuweisen und ist mit Unterschriften des Vorstandes den Delegirten als Legitimation zur Generalversammlung einzuhändigen. Solche Orte aber, welche einen Delegirten nicht senden können, wollen ihre Mandate innerhalb obiger Frist unter nachstehender Adresse an den Verwaltungsrath einbringen.

Schuhmacher und Gewerksgenossen: Thut Alle eure Pflicht!  
Für die Verwaltung: Heinrich Bilger, Reitbahnstr. 5.  
Um weitest Verbreitung dieses Aufrufs sind alle Kollegen im Interesse der gemeinsamen Sache dringend gebeten!

**Regensburg**, 15. März. Der Aufforderung unsres Verwaltungsraths gemäß möchten wir folgenden Tarif zur Einsicht Aller vorlegen:

In den besten Werkstätten (deren es wenige gibt) wird gezahlt: Für Bismar (feinste Herrenstiefel) mit Doppelsohlen fl. 2. —, do. ohne Doppelsohlen 1. 54., Halbstiefel mit Doppelsohlen 1. 48., do. ohne Doppels. 1. 36., Stiegen (Stiefel) und Vorschuh mit Doppelsohlen 1. 18., do. ohne Doppels. 1. 6., Zeugstiefeln mit Absatz und Doppelsohlen 1. —, do. do., ohne Doppels. — 48., do. ohne Absatz und ohne Doppels. — 39., Schuh mit Absatz — 36., do. ohne Absatz — 24., Herren-Vorderblätter (Besätze) — 42., Sohlen mit Fied — 18., Frauen-Sohlen — 15., Kinderstiefel, gewendet — 15., Rahm Kinderstiefeln 20—24 Kr., ditto mit Absatz 27—30 Kr.

Die mittleren Preise sind: Für Bismar mit Doppelsohlen fl. 1. 42., do. ohne Doppelsohlen 1. 30., Halbstiefel mit Doppelsohlen 1. 30., do. ohne Doppelsohlen 1. 24., Vorschuh, Stulpen 1. 6., Herren-Vorderblätter — 36., Sohlen mit Fied — 15., Zeugstiefeln mit Absatz — 42., do. ohne Absatz — 36., Schuh mit Absatz — 30., do. ohne Absatz 21., Frauen-Vorderblätter — 21., do. Sohlen — Fied — 12.

Außerdem gibt es noch viele Werkstätten, wo die Preise noch niedriger stehen, und die Gehilfen selbe gar nicht in die Deffentlichkeit bringen mögen. Wo die Kost verabreicht wird, die Portion 6—10 Kr., ist der Verdienst geringer als oben angesetzt ist. Die Meisten geben keine Werk- und Schlafstellen sind ungesund. Aussicht auf Lohnhöhung nicht vorhanden. Zugang ist fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Mitgliedschaft der internationalen Schuhmacher-Gewerkschaft. Im Auftrage: Stöckl, Schriftführer.

**Mainz**, 16. März. Zum Schuhmacher-Strike. Unser Strike und Ausschluß geht in ruhiger Weise weiter. Erst gestern erklärte der Fabrikant S. Wolf einem Arbeiter wiederholt, nachdem wir bereits vier volle Wochen im Kampfe sind, daß er die Schuhmacher-Union, bez. die Vereinigung der Arbeiter nicht anerkennen werde. Wir werden aber durch diese Drohung nicht unterbrochen, sondern sind jetzt ebenso standhaft, wie am ersten Tage.

Bereits hat eine Anzahl unserer Freunde das Weite gesucht, wieder Andere suchen sich Beschäftigung auf allerlei Art. Der Fabrikant hegt die Hoffnung, daß zum Quartalswechsel, wo der verheiratete Mann seine Miete zahlen muß, der Kampf für die Ausbeuter gewonnen sei. Aber, Kollegen allenthalben, zeigen wir dem Wolfe, daß ihm dieses Vergnügen ent- und das Händereiben vergehen wird. Bei uns hier fehlt es nicht an Muth und Ausdauer: thut Ihr und gegenüber eure Pflicht und Schuldigkeit, so werden wir den harten Schlag, wenn der Quartalswechsel eintritt, pariren. Noch machen wir unsere Kollegen in ganz Deutschland besonders darauf aufmerksam, allen Zugang von hier fern zu halten, nicht allein wegen des Fabrikanten Wolf, auch dem hiesigen Schuhmachermeisterverein müssen alle Arbeitskräfte entzogen werden, denn von Seiten dieser Herren bekommt kein Strikender Beschäftigung. Und gerade jetzt tritt die Periode ein, wo diese Herren Arbeitskräfte haben müssen; aber dieselben haben sich gleichsam verschworen, keinem von den Unseren Beschäftigung zu geben. Alle Arbeitskräfte müssen so lange von hier fern gehalten werden, bis unsere Angelegenheit geordnet ist. Ein Beispiel sei hier gegeben. Einer von unsren Strikenden bekam bei einem solchen Helden des Schuhmacher-Meistervereins Arbeit. Bei Ablieferung der verfertigten Arbeit wurde der Arbeiter mit der größten Grobheit wieder entlassen. Es war dies der Schuhfabrikant Rücker von hier, und wer diesen „Mordpatriot“ kennt, der wird auch wissen, daß aus Nazareth nichts Gutes kommen kann. Also, Kollegen, nur nicht nach Mainz!

Mit sozialdemokratischem Brudergruß  
NB. Man bittet alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck des Vorstehenden. S. Fuchs.

### Leipziger Buchdrucker-Strike.

Wir lassen nachstehend den offiziellen Situationsbericht folgen:  
VII.

Leipzig, 17. März 1873.

Kollegen! Dank Eurer Entschiedenheit und Energie schreitet unsere Angelegenheit unaufhaltsam einem siegreichen Ende zu. Unsere Gegner strecken die Waffen, und was vor kurzem noch unmöglich schien, ist heute vollendete Thatfache: die stolzen Herren haben sich entschlossen, mit dem Verbande, den zu vernichten nun einmal nicht möglich ist, zu unterhandeln und das Präjudium schriftlich erlucht, das Nöthige zu veranlassen. Mit dieser Thatfache im Zusammenhange steht eine „an die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Verbandes“ gerichtete, in den „Annalen“ vom 13. v. abgedruckte Ansprache, die insofern besonderes Interesse erhält, als sie trotz aller Versuche, die Niederlage zu bemänteln, den Bankrott des Prinzipalvereins eingestehen muß. Im ersten Sage der Ansprache wird gesagt, daß der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins genöthigt gewesen, eine Anordnung zu treffen, welche die Interessen selbst solcher Gehilfen schädigt, die sich im besten Vernehmen mit ihren Prinzipalen befunden und den Agitationen fern gestanden haben, die das Geschäft zu unterwählen drohen. Abgesehen davon, daß nirgends gesagt wird, welcher Art diese Agitationen sind und von wem sie ausgehen, enthält dieser Satz das kostbare Geständniß, daß den Verbandsmitgliedern durch die allgemeine Kündigung schreiendes Unrecht zugefügt worden ist und daß der Prinzipalverein sich einer unverantwortlichen Brutalität schuldig gemacht hat. — Weiter heißt es in der Ansprache, „daß der inhaltsschwere Beschluß (trotzdem er sehr ungerecht und brutal) gefaßt werden mußte, weil der Verband aus eigenem Antriebe keine solchen Aenderungen in seiner Organisation und in der Handhabung der Statuten treffen würde, die den Prinzipalen gestatten würden, Hand in Hand mit allen Gehilfen zu gehen.“ Hiernach hätte also die allgemeine Kündigung nur den Zweck gehabt, den Verband zu einigen Statutenänderungen zu veranlassen; hiernach wäre also nicht wahr, daß man die Absicht gehabt, den Verband zu sprengen, und jene samosen, seitens der Prinzipale den Gehilfen zur Unterschrift vorgelegten Revers, in welchen Letztere das feierliche Versprechen geben sollten, nicht bloß aus dem Verbandsauszuscheiden, sondern demselben auch nicht wieder beizutreten, — wären lediglich das Produkt böswilliger Erfindung? — Man sieht, die Lüge ist eine Hauptwaffe unsrer Gegner. Dieselbe Nummer der „Annalen“ enthält eine Zuschrift des Hamburg-Altonaer Prinzipalvereins an den geschäftsführenden Ausschuß, worin, in Erwägung, daß die Kündigung der Verbandsgehilfen seitens der Prinzipale Deutschlands nicht allein eine Schädigung der Prinzipale mit sich führt, sondern auch an manchen Orten eine Zerrüttung des ganzen Geschäfts zur Folge haben kann, — der betreffende Prinzipalverein den Antrag auf Einberufung einer gemeinsamen Commission stellt, welche die Differenzen ausgleichen soll. Dieser Antrag wurde vom geschäftsführenden Ausschuß in sehr gereiztem Tone abgelehnt und die Hamburg-Altonaer Prinzipale traten aus dem Vereine aus. Um Ueberiges athmet die Ansprache Humanität und lebhaftige Sorge für das Wohl der Arbeiter bis in die alten Tage u. s. w.; von Vernichtung des Verbandes ist keine Rede mehr, im Gegentheil, die Herren wollen mit ihm in Frieden leben und das curiose Schriftstück schließt mit den Worten: „Der Verein bietet ihnen die Hand zur Versöhnung auch jetzt noch, nachdem die Erfolge (?) der gethanen Schritte bereits uns und Ihnen vorliegen; er thut es, weil er lieber einen Frieden durch Vergleich, als einen Sieg ohne darauffolgenden gesicherten Frieden erziehen will.“ — Ohne Hinkerei geht's nun einmal nicht ab, und so zerkrümelt der Ausruf im Ganzen auch ist, er entspricht doch noch lange nicht den thatsächlichen Verhältnissen. Die Herren sitzen immer noch auf dem großen Pferde, wenn sie auch nicht leugnen können, daß sie sich in bedenklicher Weise dem Schwange nähern.

Kollegen! Blickt um Euch! Seht auf Berlin, Breslau, Braunschweig u. s. w., überall in unsren Reichen Enthusiasmus und brennende Kampfbesieger, überall Thatkraft und Entschlossenheit und eine über alles Lob erhabene Opferwilligkeit, während unsere Gegner, — gelähmt durch die Concurrnz, nur künstlich zusammengehalten durch die Anzahl kleiner Tyrannen und durch die niederträchtigen Hegeorien einer Bande gewissenloser Zeitungsschreiber, verblüfft und entmuthigt durch den kläglichen Ausfall der „allgemeinen“ Kündigung, von Spaltungen bedroht, durch Rücktritte Einzelner und ganzer Städte unsicher und hallos gemacht, — ein klägliches Bild der Zerfahrenheit bieten. —

Betrachten wir alle Momente für und gegen uns, so finden wir, daß gar keine Veranlassung vorhanden ist, vorzeitig einen faulen Frieden zu schließen. Von einer Aenderung in unsern Statuten nach dem Willen der Herren Brodhaus und Lork kann nicht die Rede sein. Der unsr angebrungene Kampf muß gründlich ausgefochten werden; wir wollen die großen Opfer nicht umsonst gebracht haben und müssen es den Herren verleiden, in frivolster Weise einen Strike zu provociren.

\*) Organ der Prinzipal-Coalition. Die Red.

Ueberdies, Kollegen, hat die Generalkündigung die Situation wesentlich verändert. Der Kampf nimmt größere Dimensionen an und wir sehen nicht mehr allein. Der Prinzipalverein, der sich in lächerlicher Ueberhebung und mit edler Dreistigkeit den „übrigen Gewerksprinzipalen“ als Führer und Borturner aufgedrängt, hat dadurch die Gehilfen anderer Gewerbe veranlaßt, unsere Sache zur ihrigen zu machen und in Folge dessen dem Kampfe, den wir gern lokalisiert hätten, größere Ausdehnung gegeben. — Die Herren Prinzipale haben uns durch den thörichten Generalkündigungsbeschlusse gezwungen, die Hilfe der anderen Gewerksgehilfen anzunehmen, was uns denselben gegenüber die moralische Verpflichtung auferlegt, im gegenwärtigen Kampfe das allgemeine Arbeiterinteresse im Auge zu behalten und unsere Sache in einer Weisheit anzusehen, daß den „übrigen Gewerksprinzipalen“ definitiv die Lust vergeht, das Beispiel unsrerer Patrone nachzuahmen.

So liegen die Sachen. An Euch, Kollegen, tritt die schwere aber unabwendbare Pflicht heran, anzuharren, Euch nicht bloß klüden, sondern auch ausperren zu lassen. Nur dadurch wird die Situation vollständig geklärt und dauernder Friede erreicht werden. Wir stehen fest und sind entschlossen, unter allen Umständen hier den Kampf gründlich durchzuführen. Also Muth und Ausdauer! Unterstützung wird Euch nicht fehlen!

Mit collegialischem Grusse  
Die Vertrauensmänner.

P. S. Nach einer uns soeben zugehenden Nachricht neigt sich die Wiener Preisbewegung einem für die Gehilfen günstigen Ausgange zu. Sobald die Tarifannahme erfolgt ist, was in spätestens 14 Tagen erwartet wird, sind in Wien gegen 200 Stellen zu besetzen.

### An die Böttcher-Gesellen Deutschlands!

Kollegen! In einer Zeit, wo die Einsicht unter den arbeitenden Klassen immer mehr Platz greift, daß dem gewaltigen Uebergewicht des allmächtigen Kapitals, welches den Arbeiter stets anzujagen bemüht ist, daß diesem Uebergewicht nur durch ein geschlossenes Gegenübertreten, nur durch eine feste Verbindung der großen Massen der Arbeiter entgegengetreten werden kann; in einer Zeit, wo fast alle Berufsweige der großen Handwerkerklassen sich zu festen geschlossenen Corporationen zusammengethun haben, stehen die Böttcher-Gesellen bis jetzt leider immer noch vereinzelt da. Kollegen! Das, wenn wir unsere Existenz, die Existenz unsrer Familien in Zukunft sicher stellen wollen, wir nicht in der allgewaltigen Bewegung unsrerer Zeit zurückbleiben dürfen, daß diese nicht ferner so fortgehen kann, begreift jeder einsehende Mensch. Bereits ist der Anfang gemacht, auch die Böttchergesellen zunächst hier in Berlin, durch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Bedrückung der Arbeitgeber zu schützen; mit Stolz können wir darauf hinweisen, daß die Bemühungen derjenigen, die diese zuerst erkannten und durchzuführen bestrebt waren, von Erfolg gekrönt sind. Bereits ist eine namhafte Lohnhöhung — die Folge eines glücklich durchgeführten Strikes — der Berliner Böttcher-Gesellen errungen. Aber unsere Ziele sind höher; nicht nur für diejenigen, welche, in den großen Städten beschäftigt, sich leichter gegen die Uebermacht des Kapitals schützen könnten, nicht nur für diejenigen soll eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse herbeigeführt werden. Unser Ziel besteht darin: allen, auch den in den kleinsten Städten unter schwierigen Verhältnissen lebenden Böttchergesellen, ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Dieses unser Ziel läßt sich aber nur durch eine Vereinigung Aller erreichen. Wir richten deshalb mit Vertrauen an alle Kollegen Deutschlands den Aufruf, sich mit uns zu einer großen, fest geschlossenen Organisation zusammenzuschließen, um durch die große Ueberzahl das zu erreichen, was bis jetzt in einzelnen Vereinigungen nur theilweise zu erlangen möglich gewesen ist. Unsere Absicht ist die, einen großen Allgemeinen Deutschen Böttcher-Verein in's Leben zu rufen. Um dieses zu erreichen und zugleich die verschiedenen Ansichten über die Art und Weise der zu schaffenden Organisation zum Ausdruck gelangen zu lassen, halten wir für das Zweckmäßigste, sobald als möglich einen Congress, bestehend aus den Delegirten der verschiedenen Städte Deutschlands, einzuberufen. Wir fordern deshalb alle denkenden Kollegen auf, sich zusammenzutun und in ihrem Kreise die geeigneten Männer hierfür zu erwählen, um auf dem einzuberufenden Congress (über dessen Zeit und Ort noch das Nähere bestimmt werden soll) ihre Meinungen zu vertreten.

Kollegen! Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Aufruf Euch Allen, so wie er von Herzen kommt, zu Herzen gehen wird, und sehen vertrauensvoll den hierüber zu machenden Beschlüssen entgegen. Wir richten deshalb die dringende Aufforderung an alle für ihr eigenes Wohl und Wehe bedachten Böttcher, nicht lang zu zögern, sondern und sobald als möglich ihre hierauf bezüglichen Zuschriften an den Unterzeichneten gefälligst einzusenden.

Berlin, im März 1873.

F. Holtmann, Engel-Ufer Nr. 6b 4 Tr.  
Auf Angabe spezieller Adresse wird Jedem ein Statuten-Entwurf zugesendet werden.

### Correspondenzen.

**Leipzig**, den 19. März. Heute — 3 Tage vor „Kaisers Geburtstag“ — haben der Mitredacteur d. Bl. Seiffert und der Expedient Fink wegen „Majestätsbeleidigung“ eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten.

Der bisherige Redacteur des „Braunschweiger Volksfreund“ W. Bloss ist in die Redaktion des „Volksstaat“ eingetreten.

**Honberg-Leipzig**. Mehrere Volksversammlungen, die hier in jüngster Zeit abgehalten wurden, gaben Anlaß zur Gründung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins. Die verhältnismäßig starke Theilnahme — gegen 100 Mann — legt Zeugniß ab für den Geist, der in der hiesigen Arbeiterbevölkerung herrscht, und daß der Verein wachse und erstärke, dafür werden die anerkannt tüchtigen Kräfte sorgen, die von den Mitgliedern an die Spitze gestellt sind.

**Großschöcher** bei Leipzig. Behufs Gründung eines Arbeitervereins fand am Sonntag den 16. März im Grünert'schen Gasthaus hier eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Herr Hablich aus Leipzig referirte über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, gab einen kurzen Ueberblick über die 1848er Revolution; an der darauf folgenden Debatte theilnahmen Herr Herrmann, Trost, Leopold und Jahn. Das Resultat war, daß sich einige 30 Personen in die angelegte Liste als Vereinsmitglieder einzeichneten.

**Deuben** bei Dresden, 14. März. In einer Volksversammlung, welche am 26. Februar d. J. im Gasthof zum sächsischen Wolf in Deuben stattfand, in der Esstein aus Waldheim als Referent erschienen war, wurde das Programm der sozialdemokratischen Partei und deren Bestrebungen erörtert. Zum Schluß der Versammlung ließen sich 42 Mann in die sozialdemokratische



aufsergewöhnlichen Fällen gegen 50 Prozent Lohnzuschlag gestattet, dasselbe gilt auch von Ueber-Feierabendarbeit."

"Die wöchentliche Auszahlung (vierter Punkt)" — heißt es u. A. im "Memorandum" — "ist eine Notwendigkeit, um den Arbeiter vor Uebervertheilung zu schützen; auch verleitet das 'Aufschreiben' in Wirtschaften nur zu leicht zum leichtsinnigen Leben, was sehr nachtheilige Folgen für den Arbeiter hat."

Der Gewerkschaftsverein rechnet in Anbetracht der mäßigen Forderungen auf eine längere Verständigung, und ersucht um gefällige Rückantwort spätestens innerhalb 14 Tagen, unter der Adresse des Gewerkschaftsvereines der Sattler etc., Mariabühl, Windmühlgasse 37, Gasthaus „zum goldenen Haffel“.

Der Gewerkschaftsverein erlaubt sich noch, die Herren Arbeitgeber auf die von ihm unentgeltlich geführte Stellenvermittlung hinzuweisen und zur Benutzung zu empfehlen, dieselbe ist stets bemüht, durch passende Arbeitskräfte die Herren Arbeitgeber zu stellen; auch kann sie das viel besser als diejenigen Personen, welche ein Geschäft daraus machen, und bei der Vermittlung nur an das Geld denken, unbekümmert ob sie den Arbeitgeber oder den Arbeiter zufrieden stellen oder nicht.

Für den Gewerkschaftsverein der Sattler etc.

Cäsar Grecht, Schriftführer. H. Schreke, Obmann.

Frankfurt a. M., 10. März. Einzelne Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beginnen wieder mit Rohheiten und Provokationen, seit unsere Partei auch hier größere Fortschritte macht. Leider hat sich hierin besonders Hr. G. Müller, Vorsitzender des neuen Steindruckervereins, besonders ausgezeichnet. Und macht vergleichen nicht irre. — Von Staatsgewalt und Bourgeoisie werden auch wir nicht verschont. Unser Parteigenosse Sabor, der Lehrer an einer Realschule war, sollte schleunigst abgesetzt werden, so verlangte ein Ukas des königl. Provinzialschulcollegiums in Kassel. Die Bourgeoisie, theilend mit der Regierung den Widerwillen gegen wirkliche Sozialdemokraten, gab gehoramt dem Willen der Behörde nach, obwohl Schulratsrechte dabei preisgegeben wurden. Sabor ist abgesetzt. Neuerdings hat man ihn auch zur Untersuchung gezogen, wegen angeblicher Beleidigung der kaiserl. Postbehörde, die er in einem socialpolitischen Vortrag beangelt haben soll. Parteigenosse Loh ist wegen „Beleidigung“ des Königs von Bayern zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt worden. Woher wohl dieser Hr. Ludwig bei seinem Russkatholismus noch die Zeit nimmt, um die gefeßlich vorgeschriebene Ermächtigung zu dieser Verfolgungen zu erheilen? Bei Kretschmar's Wirthsleuten und Frau Kals forschten Schugleute oder ähnliche Personen nach allerlei über Kretschmar und Kals, ja Kretschmar's Wirthin wurde (wohl in höherem Auftrag?) aufgefordert, auf Kretschmar genauer zu achten, ihm aber Nichts von ihrem Aufpassen zu verrathen! Mit welchem Rechte dies alles geschah, ist allerdings eine Frage, problematisch wie manches Andere. — Von einem hiesigen Comité (Sonnemann und Genossen) zur Begehung einer Feier am 30. März, dem Tage der Eröffnung des Reichsparlaments, war an Mitglieder unserer Partei die Aufforderung zum Eintritt in dies Comité ergangen. Wir haben derselben keine Folge gegeben, wir begehnen eine Märzfeier selbstständig.

München, 13. März. Als Bevollmächtigter des Vereins der deutschen Steinmetzen zu München zeige ich hierdurch an, daß sich ein hiesiger Verein dem in Berlin domicilirten Verein der deutschen Steinmetzen angeschlossen hat.

J. Gasteiger, Bogenhausenstraße 3.  
Landshut, 13. März. Der hiesige Fachverein der Schuhmacher gedenkt in aller nächster Zeit mit den Meistern wegen Aufbesserung der sehr niedrigen Löhne in Unterhandlungen zu treten. Wir glauben voraussetzen zu müssen, daß die zumeist dem Arbeitgeberbunde angehörigen Meister unseren Forderungen nicht so ohne Weiteres Folge geben werden und ersuchen unsere Kollegen schon jetzt, den Huzug nach hier abzuhalten. Wir werden seinerzeit über die Lage der hiesigen Schuhmacher des Weiteren Bericht erstatten.

Siegen, 19. März. Sonntag, den 16. d. M., fand hier eine Volksversammlung statt, in der Parteigenosse Opificius über die Gewerkschaftsvereine in klarem Vortrag unter Beifall referirte. Eine Resolution: Die heutige Volksversammlung erklärt den gegenwärtig im Kampfe stehenden Buchdruckergehilfen ihre volle Sympathie, und hält jeden deutschen Arbeiter für verpflichtet, dieselben thätig zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A. d. B.:  
R. Orbig. G. Mittenberger.

Halberstadt, 12. März. Den 8. d. M. sollte eine Versammlung der Holzarbeiter stattfinden, zu welcher Herr Stelzer aus Leipzig als Referent anwesend war, um eine internationale Holzarbeiter-Gewerkschaft zu gründen; die Versammlung wurde aber von den Anhängern Hasenclever-Tölke & Co. auf die gemeinste und roheste Art hintertreiben. Trotdem wird die Gewerkschaft zu Stande kommen.

Am 9. d. M. fand eine sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung in Quedlinburg, wo wir eine Parteimitgliedschaft gegründet, statt. Herr Stelzer, welcher mit Herrn Raters sowie mehreren anderen Parteigenossen zur größten Zufriedenheit in der Versammlung über die Lage der arbeitenden Klasse referirten, ernteten ungeheilten Beifall. Die Versammlung nahe zeitig ihrem Ende, denn das Lokal war nur noch dreiviertel Stunden zu haben, weil nachher darin Tanz sein sollte. Da noch mehrere Redner eingezeichnet waren, wurde ein Antrag auf 15 Minuten Redezeit angenommen. Da auf einmal meldete sich inmitten der Versammlung zur Geschäftsordnung Herr Hurlmann's Wort. Derselbe versuchte der Versammlung begreiflich zu machen, daß die Beschränkung der Redezeit sehr ungerecht sei, denn allen früheren Rednern, die man bis jetzt gehört, sei die Redezeit auch nicht beschränkt worden; bis jetzt hätten nur Leute, welche nicht zu seiner Partei gehörten, gesprochen; nun wolle er sprechen ohne Beschränkung. Stelzer, welcher dieses Ansinnen als zur üblichen Taktik dieser Leute gehörig kennzeichnete, stellte gleichwohl den Antrag, Herrn Hurlmann eine halbe Stunde sprechen zu lassen, um ihm alle Känkekanäle zu benehmen. Auch hiermit begnügte sich Hurlmann nicht, sondern suchte durch fortwährendes Toben, wobei er von seinem Genossen, einem gewissen Dabbe, Bev. d. Allg. d. A.-B. in Halberstadt, welcher zu diesem Zwecke uns nachgereist war, unterstützt wurde. Zur Ruhe und Ordnung von allen Seiten aufgefordert, blieben dieselben bei ihrem Toben, bis endlich der einstimmige Ruf erscholl: „Hinaus mit ihnen.“ Und da dieselben weder Ruhe hielten, noch sich entfernen wollten, wurden Beide unfreiwillig aus dem Saale entfernt. Durch den bei dieser Ausfuhrung entstandenen Lärm sah sich die anwesende Polizei genöthigt, die Versammlung aufzulösen. Erwähnt sei hierbei noch, daß am Abend vorher, wo die Holzarbeiterversammlung von diesen Leuten auseinander gesprengt wurde, dieser Hurlmann ein über das andere Mal ausrief, richtiger brüllte: „Auch nicht einen Fuß bekommt Ihr von jetzt ab mehr auf dem Boden.“ Doch wir sind so

ärgers nicht, und es vergeht fast keine Parteiverammlung, ohne daß sich Einige einzeichnen lassen; sogar einige der ältesten Mitglieder des Allg. d. A.-B. sind der Partei beigetreten, weil ihnen dieses Treiben, wie es in Berlin und hier blüht, längst zum Uel geworden war. Man wird mit uns so leicht nicht fertig; drei Friedensförderer sind hier stetig am Orte, und wenn selbst, wie verlautet, noch der Vierte, der ehrwürdige Knüppel-Tölke in höchst eigener Person erschiene, sammt Knüttel und Kummelballe, würden wir auch mit diesem fertig.

Nach Begeleben, wo eine Mitgliedschaft unserer Partei besteht, zog den 9. d. M. der zu wiederholten Malen im „Boten“, Organ der deutschen Cigarrenarbeiter gefennzeichnete Dohue, welcher seit einiger Zeit hier sein Wesen treibt, aber mit demselben Erfolge.

Solchen Rohheiten gegenüber rufen die Halberstädter Parteigenossen allen Anhängern unserer Bestrebungen zu, in fester geschlossener Organisation solchen Treiben entgegen zu treten. Die Mitglieder des Allg. d. A.-B. sind an solchen Schandscenen, wie sie am Sonnabend den 8. d. M. hier vorkamen, unschuldig; dieselben werden nur als willenslose Werkzeuge von ihren Führern gebraucht, welche es verstehen, unwissende Arbeiter unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit an sich zu locken, aber nichts weiter als ihre verkäpften Feinde sind. Mit sozialdemokratischem Gruß Die Halberstädter Parteigenossen.

### Briefkasten

der Redaktion: X. Sie glaubten also wirklich daran, daß wir während der Kommunezeit den verstorbenen Vermorel einen „Polizeiagenten“, Florens einen „Narren“, Cluseret eine „hitverbrannte, zweideutige Person“ genannt und dessen wie Kossel's Verhaftung „zugejubelt“ hätten? Wir haben über die Tollheit dieser Pöge nur gelacht. Dem „Neuen“ ist nichts unmöglich. Vermorel gab und giebt es in Frankreich sehr viele; Einer dieses Namens starb auf den Barricaden der Kommune; ein anderer Gleichnamiger ist uns aus den Tuilerienpapieren als Stipendiat des französischen Pressbureaus bekannt (s. Nr. 93 von 70); eines Dritten, der ebenso wie der Zweitgenannte ein „Polizeiagent“ war, erinnern wir uns aus Bamberg's 1848 erschienenen Geschichte der Februarrevolution. — Das Urtheil des „Volksstaat“ über den ausgezeichneten Florens siche in unserer Nr. vom 15. April 71, Seite 2; daß der „Volksstaat“ im Januar und October 70 das Vorgehen Rochefort's in der Victor Noir-Affaire (Nr. 7 von 70) und nach Sedan (Nr. 85 von 70) gegenüber dem seines Freundes Florens für relativ besonnener hielt, ändert nichts an der Sache. Wir sind nicht Deuchler genug, um die Fehler unserer Freunde gutzuheißen, weil es unsere Freunde sind. Und Florens war ein ausgezeichnete Mann, trotdem er mitunter in der Taktik Mißgriffe machte; ihn einen „Narren“ zu nennen — zumal während der Kommunezeit, wo er sich so thätig zeigte — ist uns nie und nimmer eingefallen. — Und nun gar die bodenlose Pöge, der „Volksstaat“ hätte Cluseret's und Kossel's Verhaftung „zugejubelt“. Er hat einfach — was alle sozialistischen Blätter thaten und thun mußten (in den Nrn. 37, 38, 40 von 71), von den Verhaftungen Notiz genommen, indem er mittheilt, daß die Genannten deshalb verhaftet seien, weil sie bei der Kommune im Verdacht der Unfähigkeit, bez. des Verraths, und bez. der Dissidatursüßigkeiten ständen. Hätten wir — oder der „Neue“ — etwa seiner Zeit das Material in Händen, um den Grund oder Ugrund dieses Verdachts zu prüfen? Wir haben uns doch einzig und allein auf die offiziellen Dekrete der Kommune gestützt! Und haben die Herren vom „Neuen“ etwa über Cluseret's und Kossel's Verhaftung seiner Zeit eine andere Meinung gehabt? Entschieden nicht; wir könnten es eventuell beweisen. Speziell Cluseret's hat sich der „Volksstaat“ sogar mehr angenommen, als irgend ein anderes sozialistisches Blatt. Nachdem Cluseret im Jahre 70 sich (durch vielleicht zu unzeitige Opposition gegen die Septemberregierung) den Unwillen der Pariser Sozialisten zugezogen hatte und nach Genf gegangen war, veröffentlichte der „Volksstaat“ zum Zweck der Rehabilitation des Generals bereits in der Nr. 89 (5. Nov.) von 70 einen uns von demselben zugeschickten offenen Brief, aus dem hervorging, daß Cluseret nichts weniger als eine „hitverbrannte, zweideutige Person“ sei (es ist uns beiläufig gar nicht einmüthig, wann und wo wir diesen Ausdruck gegen ihn gebraucht hätten); und weiter suchten wir ihn in Nr. 3 von 73 abermals zu rehabilitiren, indem wir aus Nr. 75 von 70 einen seiner Briefe abdruckten, der ihm seiner Zeit so ungerechte Vorwürfe Seitens der Pariser Sozialisten eingebracht hatte, weil er Gambetta's Bourgeois-Instinkte vorausgesetzt hatte. Wann und wo ist es wohl dem „Neuen“ passiert, so sorgfältig über die Ehre öffentlich angegriffener Personen zu wachen? Wir erinnern uns keines Beispiels — Andere wohl auch nicht. — Die Redaktion verhehlt es sich nicht, daß ihr von verschiedenen Seiten Vorwürfe zukommen werden, daß sie so gutmüthig war, Ihre naive Anfrage: „Ob die Behauptung des „Neuen“ wirklich unwahr sei?“ so eingehend und so gründlich zu beantworten. Denn thatsächlich werden sich die Herren vom „Neuen“ nur in's Hänschen lachen, daß es ihnen gelungen ist, uns um einige Stunden Zeit zu prellen, indem sie uns zwangen, unsere 3 Jahrgänge von A bis Z zu durchstöbern, um die oben citirten Nummern herauszufinden. So bald aber soll es uns nicht wieder einfallen, ihnen diesen Gefallen zu thun.

### Briefkasten

der Expedition: M. Hartmann in Dresden: 2 Thlr. 7 Ngr. 5 Pf. für die stiel. Buchdrucker erhalten. B. Dittle in Elgersweier: für Schrift 5 Ngr. 4 Pf. W. Carl in St. Johann: für Schriften 15 Thlr. 22 Ngr. 1 Pf. Dr. M. Schleich in München: für Schriften 2 Thlr. Mathes Exped. des „Dresdner Volksboten“: für Schriften 2 Thlr. 20 Ngr. (Gutschrift 2 Ngr. 5 Pf.). Röder in Reudorf: für Annonce 4 Ngr. Anzahl in Zürich: 1 Cpl. Leben 3. erh., von Hrn. Böhm 15 Cpl. auf Lager; senden Sie vom 1. Heft L. 3. 24 Cpl.; Zahlung erob. a. l. 24. Müller in Kotten bei Solingen: keine Annonce erhalten; senden Sie die gef. bald für nächste Nummer. Alex. Deloniy in Zürich: für Ann. 1 Thlr. G. Panja in Niederwöhring: für Schriften 5 Ngr.; das Gemünschte folgt bald. Bennenwiy in Oberlungwiy: für Schriften 1 Thlr. Vorkardt in Stuttgart: habe keine Zeit für Prolog; verweise Sie auf meine Annonce. Schneider in Johannegeorgenstadt: Volksstaatkalender vollständig vergriffen.

### Berichtigung.

In letzter Quittung muß es heißen: Endres in Augsburg: f. Abonn. I. Quart. 20 Thlr., f. II. Quart. 10 Thlr., f. I. Quart. 10 Thlr. Bei den in der Bannredelichen Quittung aufgeführten 4 Thln. muß es heißen: Schmitz, statt Schmidt in Köln.

### Fond für pol. Gemafregelte.

Von Mitgliedern der Cig.-Arb.-Gen. in Waidheim 3 Thlr. 3 Ngr. Von Gehlert aus Willau 15 Ngr.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antellscheine bez. Antellquittungen ertheilt ferner: in Leipzig 3. Nr. Thlr. 1; in Frankfurt a. M. L. O. 2, H. O. 2, L. O. 1, Th. K. 1, Ph. U. 1, G. O. 6; in Borna C. K. 5; in Reutlingen C. 3, 6; in Stuttgart Dr. M. 1, G. K. 1, M. M. 1, W. B. 2, F. M. 1, A. K. 1; in Oberlungwiy M. K. 3. Hablich.

**Augsburg.** Sozialdemokratischer Verein. Den Mitgliedern hiermit zur Kenntniß, daß die regelmäßigen Versammlungen von jetzt ab jeden Samstag in der Schützenhalle (Wintergasse) stattfinden. (2a) Der Ausschuß.

**Beusheim.** Ein tüchtiger Buchbinder bei hohem Lohn wird gesucht bei O. Weibrauch, Bergstraße 2. — Parteigenosse erwünscht.

**Berlin.** Allgemeiner Deutscher Sattlerverein. Sonnabend den 22. d. Mts., Abends halb neun Uhr Versammlung in den oberen Grätwil'schen Bierhallen. — Tagesordnung: Vortrag. Vereinsangelegenheiten. D. B.

**Berlin.** Versammlung der Böttergehilfen. Sonntag den 23. März, Vormittags 10 Uhr, im Heise'schen Local, Randsbergstr. 15. — Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. NB. Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

**Berlin.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag den 24. März, Abends 8 Uhr, bei Rüdow, Weberstraße 24a: Vortrag, Beschiedenes, Fragekasten. Gäste willkommen. A. Heusch, Vertrauensmann.

**Breslau.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag den 24. März, Abends 8 Uhr: Versammlung in Schneider's Restauration, Klosterstr. 73, Mauritius-Platzseite. — Tagesordnung: „Die jüngste proletarische Revolution“, Gedächtnisrede, gehalten von B. Geiser. Die Parteigenossen fordere ich auf, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. G. Dehme.

**Cöln.** Für solide Handwerker Kost und Logis bei Gastwirth Joh. Dembach, Schnurgasse 34. (4b)

**Hamburg.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag den 24. März, Abends 9 Uhr, in Hanja's Clublokal (großer Saal), Schauenburgerstr. 14. — Tagesordnung: Die Stellung des kleinen Handwerkers gegenüber dem Großkapital. Referent: Praast. Gäste haben Zutritt.

**Klein-Bschodder b. Leipzig.** Sonntag den 23. März, Nachmittags punkt halb 5 Uhr, in Lange's Restauration: Volksversammlung. Tagesordnung: Gründung eines Arbeitervereins. Referent: Hr. Trost. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Einberufer.

**Leipzig.** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sitzung bei Kerschold, Rudwiyerstraße 10. — Tagesordnung: Centralisirte und federative Organisation. Sitzung jeden Montag und Ausnahme neuer Mitglieder. — Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.

**Leipzig.** Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Dienstag den 25. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Herrn Dietzold, Gewandgäßchen Nr. 4, 1 Tr. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

**Mainz.** Gestern wurde „Medea“, Trauerspiel aus 1250 v. Chr. von Grillparzer, im hiesigen Stadttheater aufgeführt. — Warum aber, fragt Einsender d., setzt man nicht auf den Theaterzetteln zugleich: „Modernes Familien- und Ehe-Schauspiel?“ Wahrlich, eine Unwahrheit wäre es nicht.

**Neuschönfeld b. Leipzig.** Arbeiterverein. Montag den 24. März Versammlung Abends halb neun Uhr in der Restauration zum „Bergschlößchen“. — Tagesordnung: Sozialpolitische Wochenbericht, Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Der prov. Vorstand.

**Thonberg bei Leipzig.** Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend. Montag, 24. März Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Thonberg: Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Rechnungslegung. 2) Vorstandswahl. Nur Mitglieder und die am Eingange eine Mitgliedskarte lösen, haben Zutritt. Der prov. Vorstand.

**Steinhauer-Gesuch.** Ein sehr guter fleißiger Arbeiter von gutem Charakter, welcher auf Grabarbeit in Granit und Sandstein geübt ist und nach Zeichnung arbeitet, kann in meiner zweiten neu eingerichteten Filiale bei gutem Lohn auf lange Jahre Arbeit erhalten. Auch habe ich nichts dagegen wenn derselbe als Genosse oder Geschäfts-Antheilhaber, selbst im unermögenden Falle, eintreten will. Steinweg C. F. Peterfen, in Haide (Holslein). (2a)

Soeben ist in der Buchhandlung des „Volksstaat“ erschienen und vom 25. März an zu beziehen:

**Leipziger Hochverrathsprözeß.** Siebentes und achttes Heft.

Preis 2 $\frac{1}{2}$  Ngr. Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt. Schnell und pünktlich liefern sämtliche Artikel des Buchha „eis und der Colportage, sowohl an Wiederverkäufer, als an Jedermann zu den billigsten Preisen Heinze & Voigt in Leipzig. Auf gef. Anfragen brieflich Näheres. (5aE.)

### Filialexpeditionen

besinden sich für Plagwiy, Lindenan und Umgegend bei Herrn Meinhardt in Lindenan, für Reudniz, Alt- und Neuschönfeld, Volkmarisdorf, Thonberg etc. bei Herrn Stelzer, Kapellenstraße Nr. 11 in Reudniz, für Klein- und Großschodder, Schleußig bei Herrn Karl Fleischer Nr. 87 in Kleinschodder, für Connewiy und Umgegend bei Herrn Teubert, Bornasche Str. 19 in Connewiy.

Während der dreimonatlichen Gast Fint's mit der Führung der Expedition des „Volksstaats“ betraut, werde ich nach Kräften bemüht sein, alle Aufträge prompt zu erledigen, bitte aber zugleich, Bestellungen auf Schriften, Abonnements, Annoncen u. s. w. immer sobald als möglich einzufenden.

Chr. Hadlich, Cassirer der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Das Abonnenten-Verzeichniß folgt nächste Nummer.

Leipzig: Berantw. Redacteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Hierzu eine Beilage.

## Correspondenzen.

**Leipzig.** Das Organ des Polizeidirektors schreibt: „Chemnitz, 10. März. Der sozialdemokratische Agitator Most, dessen sich Leipzig schon vor Jahren rasiert zu entledigen wußte (1), ist nun auch durch die hiesige Polizeibehörde von hier ausgewiesen worden. Es steht zu hoffen, daß auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes § 3 von der Landespolizeibehörde Verfügung getroffen werde, daß er nicht in andern Orten Sachsens sein gemeingefährliches Treiben fortsetzen kann.“ Der Polizeidirektor hat nämlich schon vergessen, daß die von ihm 1871 verfügte Ausweisung Most's von der Kreisdirektion und dem Ministerium als „nicht im Gefesse begründet“ und „nicht auf genügender gesetzlicher Grundlage beruhend“ aufgehoben worden ist. Die betreffenden beiden Aktenstücke haben wir in unserer Nummer vom 20. Dezember 1871 wörtlich abgedruckt. Herr Dr. jur. Rüder kann sie daselbst nachlesen und sein „Amtsblatt“, um denselben unwahre Mittheilungen zugehen zu lassen, bez. solche durch dasselbe verbreiten zu lassen? —

**Leipzig.** Herr von Müde. Nicht wenig Aufsehen erregt hier die schwurgerichtliche Freisprechung des Studenten Wildhahn, der — aus einem der läppischen Anlässe, die in der Regel die Studentenduelle hervorrufen — „gefordert“, in einem Pistolenduell auf „5 Schritt Barriere“ seinen Gegner getödtet hatte. Die Leipziger werden sich nicht zu wundern brauchen, wenn die Herren Studenten fortan die Pistolenduelle auf die Tagesordnung ihrer Vergnügungs-Veranstaltungen setzen und vor jede künftige Schwurgerichtssession an sabrilligen Tödtungen die zehnfache Anzahl der heutigen wird gebracht werden müssen. Wir lassen es vorläufig dahin gestellt sein, welchen Einfluß Herr von Müde als Präsident auf die Geschworenen gehabt hat, — sei es auch nur dadurch, daß er die Angeklagten, statt auf die Anklagebank, auf extra herbeigeholte Stühle setzen ließ. Aus dem „Tageblatt“ ersehen wir auch, daß das Publikum, als der „Wahrspruch“ der Geschworenen veröffentlicht wurde, lauten Beifall klatschte. Wir möchten wissen, was Herr von Müde gethan hätte, wenn vor einem Jahr beim Hochverrathsprozesse das Publikum zum „Wahrspruch“ der Geschworenen geizigt hätte!

**Dresden.** Wieder eine Ausweisung! Diesmal betraf sie den Parteigenossen Linke, der ein harmloses politisches Liederbuch in Verlag und Colportage hatte.

**Grimma.** Am 23. Februar fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Kauerer aus Leipzig einen Vortrag über das allgemeine, gleiche, directe Wahlrecht hielt. Redner schilderte zunächst die staatlichen Verhältnisse des Alterthums, hob die verschiedenen Ursachen, welche zur Beseitigung der Volksherrschaft und zur Befestigung der Sklaverei beigetragen haben, hervor, wobei er als wesentliche Factoren das Fehlen der Communicationsmittel und der allgemeinen Volksbildung bezeichnete. Nachdem die Buchdruckerkunst erfunden, fände jedoch ein steter Fortschritt statt; so seien bald darauf die Burgen des Feudalabends zerstört worden. Schon im Anfang des 18. Jahrhunderts sei durch die Philosophie eines Voltaire, Rousseau und Diderot im Herzen der feudalen Gesellschaft der Grund zur französischen Revolution von 1789 gelegt worden, welche sich das größte Verdienst bei Hinwegräumung des mittelalterlichen Schutzes erworben habe. Wie im Alterthum sich eine Klasse der Gesellschaft der Herrschaft des Staates bemächtigt und die Staatslasten den Sklaven aufgebürdet, so habe auch im Mittelalter der Grundbesitz geherrscht und sich steuerfrei gehalten. Das Bürgerthum hätte zwar die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schon bei der französischen Revolution auf seine Fahne geschrieben, aber sehr bald, als es ein sah, daß von dem niederen Stand auf die Gleichheit Anspruch erhoben werden könnte, den Pferdesuß, in der Gestalt des Censur, bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körpern durchblicken lassen, welcher 24 Gr. für das active und 13 Thlr. 10 Gr. für das passive Wahlrecht, bei gänzlicher Ausschließung der Dienstboten betrug. Ganz dasselbe sei in Deutschland der Fall; auch hier habe einst die Bourgeoisie für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschwärmt. Als sie jedoch gewahr wurde, daß der Arbeiterstand nicht gewillt war, die Castanien für sie aus dem Feuer zu holen, habe sie diesen ihren schönen Grundsatz schmächtig im Stiche gelassen und ihn in Infanterie, Cavallerie und Artillerie umgewandelt; ebenso sei sie auch bemüht, für sich das System der Steuerfreiheit aufrecht zu erhalten.

Dem in Deutschland würden an indirecten Steuern, welche ja zum weitgrößten Theil den Besitzlosen treffen, an den Staat entrichtet: 10,597,200 Thlr. für die Salzsteuer, 12,977,060 Thlr. für die Rübenzuckersteuer, für Ein- und Ausgangsabgaben 30,964,410 Thlr., für Tabak 3,000,000 Thlr., Branntweinsteuer 11,335,750 Thlr.; dazu kommt noch die Wechselsteuer, die Einnahme von dem Post- und Telegraphenwesen, summa summarum über 103,000,000 Thaler, was für den Kopf der Bevölkerung eine Summe von mehr als 2 Thlr. 20 Gr. ergibt und für eine Familie von 5 Köpfen auf die Summe von 13 Thlr. 10 Gr. steigt. Wie die Bourgeoisie, welche ja den heutigen Staat regiere, mit den sauer verdienten „Arbeitergroßen“ umgehe, zeige schon die eine Thatfache, daß in dem Staat der „Intelligenz“, Preußen, 60,000,000 Thlr. für Armee und Flotte, für das Volksschulwesen aber nur die magere Summe von 2,000,000 Thlr., dagegen für die Civilisten des Königs 4,000,000 Thlr. vom Staat verausgabt würden, also für den einen Mann genau doppelt so viel als für den Schulunterricht der Kinder eines Volkes von 28,000,000 Einwohnern.

Ebenso bestände die Ungerechtigkeit auch in der so viel gepriesenen allgemeinen Wehrpflicht. Während die Söhne der Reichen leicht vermittelt ihrer socialen Besserstellung im Stande seien, sich die nöthigen Kenntnisse zum einjährig-Freiwilligendienst anzueignen, würde der besitzlose Arbeiter seinem bürgerlichen Berufszweig auf drei Jahre entzogen. Alle diese Mißstände würden nicht eher aufhören, ehe nicht der Arbeiter selbst sein Wort in die Waagschale würde und sich Vertreter in den gesetzgebenden Körper wähle. Die Möglichkeit dazu sei ihm aber genommen, indem er entweder direct oder indirect von den Wahlen ausgeschlossen sei. Es existire zwar in Deutschland ein sogenanntes allgemeines, gleiches, directes Wahlrecht zum Reichstage, jedoch sei dasselbe ohne Diäten, vollkommene Press- und Versammlungsfreiheit kein solches zu nennen; dann dürfe auch nur Derjenige wählen, welcher das 25. Lebensjahr erreicht habe, während er zum „Gewillwerden“ und „Kanonenfutter“ mit dem 20. Jahre geschickt genug sei. Im „Rufersstaat“ Preußen werde noch zum Landtage das Dreiklassen-

Wahlssystem zur Anwendung gebracht, wodurch ein Wähler der 1. Klasse, d. h. der Besitze, 18 der 3. Klasse, d. h. der Besitzlosen, aufwiege und die directe Steuer als Maßstab genommen würde. Bei uns in Sachsen sei es nicht besser, denn hier sei Der nur zur Wahl berechtigt, welcher 1 Thlr. directe Staatssteuer zahle und zu dem nöthigen Verstand eines Volksvertreters gehöre zum Mindesten eine directe Staatssteuer von 10 Thlr. Durch diesen Census wären demnach  $\frac{1}{5}$  der über 25 Jahre zählenden Bevölkerung ausgeschlossen, besonders Diejenigen, welche den Löwenantheil der Staatsabgaben an indirecten Steuern zu tragen haben. Nachdem Redner noch einige Streiflichter auf das kommunale Gebiet geworfen und nachgewiesen hatte, daß die Mißwirtschaft im Kleinen wie im Großen existire, schloß er unter allgemeinem Beifall der Versammlung.

Nachdem Fink, Leipzig, noch auf die Corruption der Presse und auf die Nothwendigkeit der Vereinigung der Arbeiter zur Beseitigung dieser Zustände hingewiesen, wurde vom Referenten folgende Resolution zur Annahme empfohlen: „Die heutige Versammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften einzutreten für die Erreichung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts zu allen gesetzgebenden Körperschaften für alle Männer vom 20. Lebensjahre an.“ Nachdem diese Resolution einstimmig angenommen sowie zum Abonnement auf den „Volksstaat“ aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die rege aufmerksame Theilnahme sowie das Einverständnis, welches auf allen Gesichtern zu lesen war, hat uns wiederum gezeigt, daß die Arbeiter mehr und mehr ihre Klassenlage begreifen lernen. Gab es auch diesmal keinen ordnungsbefehlenden Beamten, so wurde doch von den in ziemlicher Anzahl anwesenden Vertretern der Ordnung das Einsammeln an der Thür verboten, ein Kniff, wodurch unser an und für sich schon reactionäres Vereinsgesetz für den Arbeiter gänzlich illusorisch gemacht wird.

**Mittweida.** 10. März. Am Sonnabend den 8. März hatten wir hier eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung, in welcher Herr Auer aus Berlin referirte über: „die Krebschäden der heutigen Gesellschaft und der Sozialismus“. Es kann nicht meine Absicht sein, den über 2 Stunden dauernden Vortrag hier wiederzugeben; genug, Herr Auer löste seine Aufgabe in zufriedenstellender Weise und erntete allgemeinen Beifall. Das Bemerkenswerthe an dieser Versammlung war, daß wir uns wieder einmal Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegenüber sahen, die eine Lanze für ihre Organisation brechen wollten. Es haben nämlich die alten Anhänger des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, mit denen wir auf gutem Fuß gestanden, sich seit 2 Monaten als eine Mitgliedschaft des Letzteren organisiert, vielleicht um an die leer gewordene Stelle der durch die Lugnade des Herrn Bürgermeister Dr. Stamme unmöglich gewordenen Mitgliedschaft der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zu treten. Es war dem aus Echemin obiger Mitglieder des „Allg. Deutschen“ Herr Schnips aus Echemin erschienen, welcher sofort nach Auer zum Wort kam und gar bald die „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und bestimmte Personen, die ihr angehören, angriff; dies führte zu einer langen Debatte, in der Herr Schnips allerdings den Kürzeren zog, und welche damit endigte, daß Auer eine Resolution einbrachte folgenden Inhalts: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Programm und der Organisation der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vollständig einverstanden.“ Diese Resolution wurde mit Allen gegen 5 Stimmen (die Stimmen der Anhänger des „Allg. Deutschen“) angenommen.

Auf Sonntag den 9. März hatten die Mitglieder des „Allg. Deutschen“ eine Volksversammlung einberufen in Sachen des Protestes bezüglich der Erhöhung der Tabaksteuer. Wir haben diesen Protest, welcher an das Präsidium des „Allg. Dtsch.“ geht, unterstügt, und soll Nebel, als einziger Vertreter des Arbeiterstandes im Reichstage, ersucht werden, den Protest dort zu vertreten. r.

**Gelsenau.** Am 4. März fand hier eine durch Plakate bekanntgemachte große Volksversammlung statt, welche durch Hoffmann hier eröffnet wurde und in der Sauerlich den Vortritt führte. Dr. Auer aus Berlin als Referent erläuterte das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er sprach sodann auch über das Wesen der Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern, speciell in Frankreich und erläuterte das eberne ökonomische Lohngesetz. Dem nachfolgenden Redner Hoffmann wurde — weil er angeblich „nicht zur Sache“ gesprochen — vom Expedienten Zeidler aus Ehrenfriedersdorf das Wort entzogen. Es durfte auch keine Resolution vorgebracht, beziehentlich angenommen werden.

**Waldenburg i. S.** Zu unserer größten Freude können wir unseren Geseinnungskameraden kundthun, daß seit der Bebel'schen Reichstagswahl unsere Partei am hiesigen Plage riesige Fortschritte macht. Hauptächlich haben wir den Aufschwung der Agitation zu verdanken, aber auch so manche getäufelte Hoffnung hat die Arbeiter zu der Einsicht gebracht, daß es nicht fortgehen könne, wie bisher. Waldenburg, das seither als das gepriesene Colorado der Philister galt, wird fortan in den Reihen der Kämpfer für die Emanzipation der arbeitenden Klassen seinen Platz zu behaupten wissen.

**Altkadt Waldenburg.** 9. März. Ueber die systematische Ausbeutung der Arbeiter nur folgende Thatfache: Vor kurzer Zeit trat ein 19jähriges Mädchen bei einem Fabrikanten in Arbeit, der ihr das Versprechen gab, ihr die ersten Wochen, bis sie auf Stück arbeiten könnte, einen Thaler zu geben. Als nun der Lohn tag heran kam, gab ihr der wortbrüchige „Herr“ 25 Neugroschen mit dem Bemerkens, daß er ihr nicht mehr geben könnte, wenn er selber keinen Schaden haben wollte. Mit diesen paar Groschen soll nun ein Mädchen, das noch dazu keine Eltern hat, auskommen. Doch die paar Groschen müssen hinreichen, es muß gehungert und gedurbt werden, um nur jenem Egoisten, der kein Gefühl für seine Mitmenschen hat, den Geldsack zu füllen. Der farge Lohn reicht nicht hin, das Leben zu fristen; er reicht nicht hin, die Arbeitskraft zu ersetzen, die in der Arbeitszeit verbraucht wird, und die armen Geschöpfe, denen es genug giebt, müssen zusehen wie sie — geistig und körperlich zu Grunde gehen. Aber nur weiter so, ihr Herren! Ihr sorgt unbewußt dafür, daß dem Arbeiter die Augen aufgehen. Und mit der Erkenntnis kommt auch die Erlösung.

**Frankenberg.** 11. März. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt, die infolge der Auflösung der acht Tage vorher hier tagenden ungemein zahlreich besucht war. Uhle aus Chemnitz referirte über die indirecten Steuern und sprach sich für Einführung der progressiven Einkommensteuer aus. Eine eingebrachte Resolution, die sich der Ausführung des Referenten anschloß, wurde

mit allen gegen die eine Stimme des Herrn Schullehrers Voigt angenommen. Nachdem noch Einzeichnungen in die Listen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefunden, ward die Versammlung  $\frac{1}{2}$  11 Uhr geschlossen. Schon vor Beginn der Versammlung wurden über 100 Exemplare „Volksstaat“ und „Chemniger Freie Presse“ abgesetzt und steht zu erwarten, daß die Bewegung hier und in der Umgegend einen regeren Charakter wie bisher annimmt.

**Bschopau.** Hier besaß bisher nur der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ eine Mitgliedschaft, die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte aber noch keine Organisation; gestern fand eine große Volksversammlung statt, in welcher die Parteien aufeinander plätherten, nachdem schon am vergangenen Sonntag ein kleines Plänkler-Gesecht stattgefunden hatte. Von Seite der sozialdemokratischen Partei traten als Redner auf: Auer, Bahlreich und Uhle, die beiden Ersteren als Referenten; von Seiten der Lassalleaner Schnips, Stiegler, Püschmann und Roscher. Die Tagesordnung war: Das Programm der sozialdemokratischen Partei und der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein.“ Weil die Sozialdemokraten keine Organisation für sich hatten, überließen sie den Lassalleanern den Vortritt ohne Widerspruch; zu unserm großen Erstaunen aber zeigte es sich, daß ein großer Theil der Anwesenden von vornherein gegen die Lassalleaner Partei ergriff, da gegen die von letzteren beantragte Veränderung der Tagesordnung nicht bloß sogleich ein Bschopauer Arbeiter das Wort nahm, sondern bei der Abstimmung auch die Mehrheit sich gegen die Veränderung der Tagesordnung ausdrückte. Bahlreich gab in großen Zügen eine Darstellung des Programms der sozialdemokratischen Partei, während Auer nach dieser Richtung hin zur Vervollständigung sprach. Nun aber entlud sich ein wahrer Wollenbruch von persönlichen Verdächtigungen, die sich besonders gegen Bahlreich richteten. Höchst wirkungsvoll griff Uhle in die Debatte ein, indem er seine eigenen Erlebnisse im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ darstellte. Uhle hatte sich mit ganzer Seele der Arbeitersache hingegeben, er glaubte an die Ehrlichkeit der Herren Meade und Schweizer, ebenso an die Unschickbarkeit Lassalle's und der von ihm eingeführten Organisation der Diktatur und endlich kam der Augenblick, wo er ganz klar einsehen mußte, daß die strenge Partei-Disziplin nur erdacht und eingeführt war, um die große Masse willenlos zu führen; er selbst hatte sich in jugendlichem Eifer und aus Liebe zur Sache in einem Zustand des Fanatismus verlesen lassen, der alles objektive Denken lahm legte; aber endlich fiel es ihm wie Schuppen von den Augen: er sah, daß er schändlich betrogen war. Dagegen ließ sich nicht aufkommen; die Versammlung, die natürlich aus dem Hin- und Wiedereben sich sogleich ein Urtheil nicht bilden konnte, mochte aus den Worten Uhle's herausfühlen, daß seiner Ausführung Wahrheit zu Grunde lag und so zeigte sich ihre Sympathie uns zu; es ist also der Boden gewonnen, auf dem sich weiter arbeiten läßt. Ueberdem wurde sofort eine Mitgliedschaft gegründet und wenn derselben vorerst nur 18 Mitglieder beitraten, so lag dies lediglich daran, daß das Versammlungslokal nach Schluß der Debatten sofort geräumt werden mußte, da es anderweit verwendet werden sollte. Wir begrüßen das in Bschopau erzielte Resultat mit großer Freude, nicht weil es sich um einen sehr bedeutenden Ort, sondern darum handelt, schon jetzt jeder Störung der Wahlbewegung entgegenzuwirken. Wir kennen die Herren Lassalleaner gut genug, um zu wissen, daß es ihnen bei der Wahl nicht darum zu thun sein wird, Männer durchzubringen, welche die Arbeiterinteressen vertreten, sondern nur darum, durch Aufstellung von Gegenkandidaten, die auch nicht die Spur von Aussicht auf Erfolg haben, unsere Agitation zu schädigen. Darum darf ihnen hier nicht ein zollbreit Boden gelassen werden. (Ch. Fr. Fr.)

**Bierzen.** 10. März. Gestern fand in Bierzen eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, welche von dem Vertrauensmann Feegers zusammenberufen war. Als Tagesordnung war aufgestellt: „Die Vereinigung der Arbeiterparteien in Deutschland.“ Feegers bestieg zuerst die Rednerbühne und legte die Prinzipien der sozialdemokratischen Partei auseinander und forderte die Anwesenden auf, Vorschläge zu machen, welcher von den bestehenden Parteien man sich anschließen solle. Inzwischen war Sauren aus Gladbach, von einer Agitationsreise zurückgekehrt, eingetreten. Derselbe hielt eine lange gediegene Rede, hob besonders hervor, daß es keiner Berathung bedürfte, welcher Partei man sich anzuschließen habe, das müsse bereits jeder vernünftige Denkende erkannt haben, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei die einzige sei, von welcher man Erfolge zu erwarten habe. Folglich sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, was denn auch während der Pause zahlreich geschah. Nach der Pause ergriff Sauren wieder das Wort, erwähnte die Arbeiter zur Vereinigung und zu festem Zusammenhalten, wies auf die sächsischen Arbeiter hin, welche durch die Wiederwahl Bebel's bewiesen hätten, daß Einigkeit nur zum Siege führen könne. Ja, sagte Redner, Ehre und Achtung jenen sächsischen Arbeitern, welche bewiesen haben, daß sie Männer sind, denn sie haben ihren Mannesmutth klar an den Tag gelegt, sie haben gezeigt, daß nur durch einheitliches Handeln Großes erzielt werden kann. Gedenken wir aber auch, fuhr Redner fort, jenen Ehrenmännern, welche in Hubertusburg schmachten, und ihrer Freiheit, des Edelsten, was der Mensch besitzt, beraubt sind wegen des mannhafsten Einstehens für die Menschenrechte. Arbeiter, wir sind verpflichtet, durch einiges Wirken, einiges Handeln jenen Männern einen Ersatz zu bieten für das Loos, das sie erdulden. Und so wollen wir denn heute wie immer Eins sein in dem Rufe: Hoch leben unsere Hubertusburger Gefangenen, hoch Bebel und Liebknecht. Nicht endenwollende Hochs erschallten durch den dichtgefüllten Saal. Der Vorsitzende, welcher den Redner Sauren während seiner Rede verschiedene Male zur Mäßigung aufgefordert, wodurch die Anwesenden in eine unwillige Stimmung geriethen, schloß jetzt die Versammlung.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag an alle Parteigenossen. Hansen, Schriftführer.

**Hamburg.** (Die Vereine der Bourgeoisie.) Der „Verein für Volksbildung“ hat bekanntlich sein Reg über ganz Deutschland ausgebreitet, um der großen Masse die Bildung zu geben, die er für die richtige hält. Wenn die Erfolge obigen Vereins aber überall dieselben sind wie hier, dann wird man ihn bald zu Grabe tragen können. Im Herbst v. J. hielt Dr. Emden im Auftrage des hiesigen „Vereins für Volksbildung“ einen volkswirtschaftlichen Vortrag in der Aula des Johanneums. Diefem sind bis jetzt sechs andere gefolgt. Bei dem ersten Vortrage war der Saal, der circa 400 Personen faßt, gedrängt voll. Schreiber dieses

war, wie alle Sozialdemokraten, die da waren, hingegangen, um selbst zu hören, wie diese „Volkshilfen“ ihre Thematika behandeln würden. Da wir hier nicht den Vortrag, dem die Strides zu Grunde lagen, ausführlich kritisierten, sondern nur unsere Meinung über die Tendenz des oben erwähnten Vereins abgeben wollen, so können wir dieselbe kurz zusammenfassen, wenn wir uns der Ansicht eines Freundes anschließen, der während des Vortrages sich zu der Aeußerung veranlaßt sah: „Siehst Du den Sozialisten auf dem Katheder?“ Wir hatten, wie wohl alle amwesenden Parteigenossen, an der einen Auseinandersetzung genug. Die hiesigen Blätter berichteten über jeden späteren Vortrag, den der Dr. Emden hielt. In den betreffenden Referaten hieß es aber, mit Ausnahme der beiden ersten, immer: die Versammlung war schwach besucht. Um uns selbst einmal zu überzeugen, wer und wie viel Personen sich nach den sechs Vorträgen nun noch zu dem siebenten hingezogen fühlten, gingen wir am Montag den 27. Febr. wiederum zu der Versammlung hin. Wir wußten jedoch nicht, worüber wir uns am meisten wundern sollten, ob darüber, daß keine Leute amwesend waren, die sich bilden lassen wollten, oder darüber, daß Dr. Emden, um mit dem hier gebräuchlichen Ausdruck zu reden, noch das Gewehr nicht in den Graben geworfen habe. Denn wir möchten fast sagen, wir sahen unter den 70—80 Personen, die amwesend waren, auch nicht einen aus der sogenannten „großen Masse“. Die Mitglieder des obengenannten Vereins waren die Hauptpersonen, dann waren noch einige Doctoren und Lehrer da, um sich „bilden“ zu lassen.

Was können wir, was kann überhaupt Jeder aus dieser Hern-blebung des Arbeiters von diesen Vorträgen lernen? Es geht hieraus entschieden hervor, daß die Arbeiter, die begriffen haben, daß sie die Enterbten, die Slaven sind, von diesem „Bildner“ nichts erwarteten. Daß dieses sich so verhält, sieht man auch deutlich aus dem großen Anhang, den die Sozialdemokratie hier hat. Wenn auch der Allg. d. Arb. V. hier in der Majorität ist, so ist die Klust zwischen uns und ihm doch nicht in der Größe vorhanden wie früher, und so lange währt's hier sicher nicht mehr, wie es gebauert hat, bis wir vereint unsere gemeinsamen Feinde bekämpfen.

Einem andern Verein, der hier voriges Jahr entstanden ist, möchten wir wünschen, daß er von den Arbeitern dieselbe Beachtung erfahre wie der erstere. Der Verein „Klapperkasten“ trat vor einigen Wochen mit der großen Idee hervor, in Hamburg einen Maslengug in Scene zu setzen. Man muß wirklich staunen, daß trotz all dem Elend, das hier wie überall unter der großen Masse der Arbeiter herrscht, Leute da sind, die solche Narretei öffentlich aufführen wollen. Die Rheinländer und Süddeutschen sind mit ihrem Fasching angewachsen, und es wird deshalb wohl mancher Arbeiter sich daran beteiligen; aber um derartiges Zeug irgendwo einzuführen, da mußte unter allen Umständen der Nothstand nicht, wie es hier ist, ein großer sein, sondern er mußte zuvor auf ein Minimum beschränkt werden. Aber es wird ja auf alle Art und Weise versucht, das Volk ins Schlepptau zu bekommen. Wären wir doch endlich so weit, daß uns alles Derartige kalt wie Stein liege. Zum Schluß noch etwas über die Intelligenz des so sehr oft gelobten Hamburger Gewerbestandes. Der Vorstand des Buchdruckervereins berief im Januar eine Versammlung der Buch- und Steinbinder, Papp- und Galanteriearbeiter, Papierhändler u. s. w. Zweck der Versammlung war, daß diese Gruppe selbstständiger Gewerbetreibender einen Kandidaten zu der neu errichteten Gewerbelammer aufstellen sollten. Und von allen Stimmberechtigten, 3000 an der Zahl, waren so wenig erschienen, daß die Versammlung vertagt werden mußte. Ein besseres Armuthszeugniß kann sich der Kleinwerbstand nicht ausstellen.

**Bremshaven, 9. März.** Nach vorläufigem Abschluß meiner Agitationsreise von Sueddeutschland nach dem Norden halte ich es für eine unabweisbare Pflicht, die Erfahrungen, welche ich auf der langen Reise gemacht, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, alle diejenigen Parteigenossen, welche in gleicher Weise agitatorisch thätig sind, auffordernd, ein Gleiches zu thun. Daß unsere, die sozialdemokratische Partei in letzterer Zeit durch die lebhafteste Agitation, welche entfaltete wurde, bedeutend an Umfang zugenommen hat, wird Jedem, welcher sich für dieselbe interessiert, bemerkbar geworden sein. Dem ungeachtet, und das wird jedem Eingeweihten schon klar geworden sein, mußte die Partei, namentlich bei gewissenhafter lokaler Agitation, noch einmal so stark dastehen, als es jetzt der Fall ist. Statt selbst kräftig die Hand an's Werk zu legen, hofft und verläßt man sich viel zu sehr auf fremde Hilfe. Ueberall verlangt man Agitatoren, und wenn ein solcher einmal an einem Orte erscheint, so verlangt man, daß er sich dort auch gleich für die Dauer niederlassen möge. Andererseits erscheint es den Interessen der Gesamtpartei gegenüber als ein Fehler, wenn in manchen Orten, wo dies die lokalen Verhältnisse gar nicht einmal erfordern, die Mitglieder durch Lokalvereine (sozialdemokratische Arbeitervereine) sich in eine isolirte Stellung bringen. An vielen Orten habe ich die Bemerkung gemacht, daß durch solche Institutionen sich ein partikularistischer Geist unter den Mitgliedern solcher Lokalvereine herangebildet hatte. Die guten Leute glauben oft, es sei gar nicht nöthig, sich um die Mitglieder des Nachbarortes zu bekümmern. Sie kommen freilich regelmäßig zusammen, halten ihre Sitzungen ab, führen auch wohl ein Protokoll, aber einmal in bestimmten Zwischenräumen einen Bericht zu schreiben für das Parteiorgan, damit auch die übrigen Parteigenossen erfahren, wie es bei ihnen aussieht, dazu scheint Niemand Zeit zu haben. Eine komische Zwittergestalt nehmen erst solche Plätze an, wo die Parteigenossen sich zwei Lager geschaffen haben. Es giebt verschiedene Orte, wo neben dem Lokalverein auch noch eine Parteimitgliedschaft besteht, und wo die Sozialdemokraten, wie es jeder nach seinem eignen Befinden für gut hält, entweder nur der Parteimitgliedschaft oder dem Lokalverein beitreten, oder aber auch Mitglied beider Körperschaften werden. Natürlich müssen Beide besonders tagen. Wenn sich aber einmal Jemand einfallen lassen sollte, solche Vereinspielereien, wie oft es mit Recht geschieht, zu tabeln, und ein solches unlogisches Verfahren in das rechte Licht zu stellen, so hat er gewiß in ein Weespennest gestochen. Man sucht ihm zu beweisen, daß dies zur breiten demokratischen Grundlage unbedingt erforderlich sei, und obendrein behauptet man noch wohl gar, der Centralisation der Partei vollständig Rechnung zu tragen. — Niemand kann zwei Herren dienen.“ Thatsache ist, daß in denjenigen Orten, wo nur Parteimitgliedschaften bestehen, die Agitation sich besser und weiter verbreiten kann, als dort, wo nur Lokalvereine sind. Ein ganz anderer Geist der Solidarität und Organisation herrscht dort; die Parteimitgliederversammlungen tragen mehr den Charakter von Volksversammlungen und die Prinzipien finden auf diese Weise eher den Weg in die Massen des Volkes, als durch die Agitation der Lokalvereine. Mögen diese wenigen Bemerkungen unter den Parteigenossen Veranlassung geben, überall diese Frage reiflich zu erwägen, mögen sie dazu beitragen, daß die Partei sobald wie möglich von solchem überflüssigen Populismus befreit werde, damit auf dem nächsten Kongress die Ver-

treter nicht mehr mit einer sich schon längst überlebten Institution zeitraubend zu befassen brauchen.

**Mit sozialdemokratischem Gruß**  
**Deuk, 10. März.** Einen wohl nicht seltenen Fall socialen Elends, nur daß dergleichen Fälle wohl zu wenig in die Öffentlichkeit kommen, hatte ich vor etlichen Wochen Gelegenheit, in unferem Nachbarorte Kall zu erfahren. In der Hermannstraße 16 im Kall wohnte eine Frau Th. mit 3 kleinen Kindern, deren Mann vor einigen Jahren in eine Irrenanstalt aufgenommen werden mußte. Die Frau suchte durch Waschen und Putzen ihren wie den Unterhalt ihrer damals 2 Kinder zu erwerben. Dieses mag ihr wohl schwer gefallen sein, sie schaffte sich einen Kostgänger an und hat von diesem das 3te Kind. Derselbe verließ sie jedoch später. Vor etwa 9 Wochen erkrankte die Frau und übernahm die gleichfalls sehr dürftigen Nachbarn ihre wie ihrer Kinder Pflege; wandten sich jedoch gleichzeitig an die Armenverwaltung wie an den Armenarzt. Die Erstere bewilligte der Frau nebst 3 Kindern (also für 4 Personen) pr. Woche 7½ Sgr. und 1 Schwarzbrot. Der Letztere erschien einmal und kam nicht wieder. Der zweite dort anständig Arzt erklärte als er gerufen wurde, die Behandlung der kranken Frau sei nicht seine Sache. Die dort in einem Klosterchen sich befindenden barmherzigen Schwestern erschienen einige Male, brachten einige Brodden und Schnittchen Brod, sonst aber soviel Mitleid des Himmels mit, daß die arme Frau fast regelmäßig bei deren Erscheinen in Krämpfe verfiel. Das Stöhnen und Gewinsel der Kranken, namentlich bei Nachtzeit, veranlaßte die Nachbarn, einen Thaler zusammenzulegen und einen Kölner Hospitalarzt kommen zu lassen. Derselbe erklärte, daß die Frau an Oelenkentzündung leide und deren Aufnahme im Kölner Hospital behufs notwendiger Operation dringend erforderlich sei. Das von den Nachbarn dem Bürgermeister überreichte ärztliche Attest hatte jedoch keinen Erfolg, da nur der dortige Armenarzt befragt sei, ein solches Attest anzustellen. Gleichzeitig mit dem Herbeirufen des Kölner Arztes hatte man auch den Kaiser katholischen Pfarrer von der Lage der Frau benachrichtigt. Derselbe erschien und erklärte am Nachmittage desselben Tages der Frau die Beichte und am andern Tage die heilige Communion zu erteilen. Ein im Hause wohnender Mann benutzte die Gelegenheit, als der Geistliche die Beichte der Frau gehört hatte, demselben beim Verlassen des Hauses die Bitte vorzutragen, neben den Spenden der heiligen Sacramente doch auch etwas an leiblichen Spenden zu thun, da er, wie die andern Leute der Nachbarschaft, selbst arm sei und ihnen die Erhaltung der 4 Personen zu schwer falle. Da ihm von dem Geistlichen kein Bescheid wurde, sagte er der Frau, sie möchte doch am andern Morgen, nach Empfang der heiligen Communion, den Geistlichen selbst um etwas leibliche Stärkung angehen. Die Frau that dies und nicht unsonst. Der Herr Geistliche wusch sich nach der heiligen Handlung die Hände und gab zur Stärkung der Kranken — das Waschwasser zu trinken. Sodann entfernte er sich und hat bis jetzt auch nicht das Geringste für die Armen gethan. — Was helfen uns, so fragen wir, Armenverwaltungen, wenn der Arme verhungert? Armenärzte, wenn der Kranke verkommt? Was barmherzige Schwestern und christliche Seelsorger? Schaffen wir das Elend ab und wir brauchen keine Armenverwaltungen, keine Armenärzte mehr. Die arme Frau gebar aber ein sogen. „uneheliches“ Kind! Haben deshalb die Privilegirten der heutigen Gesellschaft ein Recht, Andere zu steinigen, wenn sie selber des Steinigens werth sind? Gibt es nicht einen Vater Gabriel, nicht einen Fürsten Pücker u. s. u. u. — Und wann wird das Volk zur Vernunft kommen?

**Essen, 1. März.** Die am 16. v. M. hier in Essen stattgehabte öffentliche Mitglieder-Versammlung des Allgem. Deutschen Arbeitervereins war um deswillen interessant, weil der Socialist Raspe, der sich wahrscheinlich der ewigen Zänkereien wegen seit Jahr und Tag nicht mehr eingekunden hatte, plötzlich erschienen war. Der augenblickliche Sprecher, ein Hr. Wirz, bemerkte dessen Anwesenheit und konnte es nach eigenem öffentlichen Geständniß nicht über's Herz bringen, am Schlusse seines ohnehin unrichtigen Vortrages die Eisenacher Fraction zu pöden. Und nun hörte man und staunte, was dieser Herr vortrug: Die Eisenacher ehrliche Fraction sei einmal vom Prinzip abgewichen, bestände aus bürgerlichen Demokraten, mit denen er nie mehr in Freundschaft treten könne, sie seien des Anspudens nicht werth und müßten ausgerottet und abgeschlachtet werden wie Kaninchen. Hieran knüpften sich nun die widerlichsten, von der größten Unkenntniß, der größten Bornirtheit zeugenden Angriffe, theils auf die Person Raspe's, theils auf andere Persönlichkeiten. Alles dies war natürlich für Raspe und wenige seiner zufällig anwesenden Freunde das Signal zum Eingreifen in diese gehässige Debatte. Raspe erhielt das Wort, und wie bekannt, versteht es derselbe, Rede und Antwort zu stehen, wenn es sich um innere Vereinsangelegenheiten sowohl als um die ächten Prinzipien handelt. An der Hand genauer Aufzeichnung und unter Angabe bestimmter Beweise wurden alle Gehässigkeiten mit deren aber parlamentarischen Ausdrücken in's rechte Licht gestellt, so daß schließlich die Herren es für gut fanden, sich zu entschuldigen, indem sie vorgaben, sie hätten ja nur Antworten abwarten wollen. Raspe betonte bei alledem die Nothwendigkeit der friedlichen und einigen Agitation beider Fractionen und wies auf die kommende Wahl. Es wurden zum Schluß der Versammlung mehrere Resolutionen eingereicht, davon eine von Raspe, welche wörtlich also lautet: „Die Versammlung beschließt, daß ein einheitliches friedfertiges Zusammengehen bei der kommenden Wahl zwischen dem Allgem. Deutschen Arbeiterverein und der Eisenacher Fraction nicht ausgeschlossen sein soll.“ Diese Resolution sollte unter allen Umständen hintertrieben werden. Zunächst hieß es, Raspe könne gar keine Resolution in einer öffentlichen Mitglieder-Versammlung einbringen; alldann dürften sie gar nicht abstimmen lassen, denn das müßte Raspe doch wissen, daß erst das Präsidium befragt werden müsse. Raspe verwies und bewies den Versammelten, daß das selbstständige Handeln eines jeden vernünftigen Sozialdemokraten sei. Die fragliche Resolution wurde verlesen, aber gelangte durch Beschluß nicht zur Abstimmung.

Wir wissen jetzt, woran wir sind. Die dargebotene Bruderhand ist zurückgewiesen und somit werden wir auf allen Gebieten der Sozialdemokratie ohne Weiteres unserer selbstständigen aber gründlichen Agitation nachgehen.

**Berlin.** Nach einem Bericht der „Demokr. Zeitung“ hielt Dr. Max Hirsch Freitag den 28. Februar im Berliner „Arbeiter-Verein“ einen Vortrag über das Thema „Ein Versprechen des preussischen Handelsministers und die Staatswerkstätten.“

In der hierauf sich entspannenden Debatte sagte ein Redner: „Schulze-Delphich ist der einzige Arbeitervertreter im Reichstage.“ Dr. Max Hirsch trat dann auf und erklärte: Bebel sei auch ein Arbeitervertreter, aber er vertrete noch etwas Anderes. Einer der Anwesenden rief: „was?“; worauf der Dr. Max Hirsch antwortete: „Bebel sei gegen unser deutsches Vaterland, er stehe mit Weisenthum und Ultramontanen in Verbindung.“ Diese

Aeußerung fiel in einem Verein, wo nur durch Mitglieder eingeführte Gäste zugegen waren, eine gegnerische Antwort also unmöglich war; sie fiel gegen einen Mann, der jetzt hinter Schloß und Riegel sitzt und sich nicht verteidigen kann. Das ist schon an und für sich eine Gemeinheit. Aber Dr. Max Hirsch kennt Bebel von früher genau, er weiß, daß, was er über Bebel gesagt, eine Lüge ist, und so erklären wir denn hiermit den Dr. Max Hirsch in Berlin für einen elenden Verleumder. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, wo sie dieses Ohrschneiders in einer Versammlung habhaft werden können, ihn öffentlich zur Rede zu stellen und ihn als ehrlosen Verleumder zu brandmarken.

**München, 11. März.** So hätten denn nun wirklich die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Prinzipal-Vereins den Beschluß, betr. Aussperrung der dem Verbands angehörenden Geheissen in vielen Druckorten Deutschlands, zur Ausführung gebracht! Dant dem eifrigen „uneigennütigen“ Bemühen einiger „Herren“, welche in dem ihnen aufgedrungenen Kampf bis auf's Messer gegen die Arbeiter keinen Parteistandpunkt kennen, haben bei uns hier in München auch Prinzipale gekündigt, welche dem obgenannten Verein gar nicht angehören. Was diese Herren wohl damit bezwecken wollen? Etwas uns zum Verhören oder zur leuchtlichen Unterwerfung bringen? Da haben sie weit gefehlt! Sie wollen sich doch nicht etwa vermaßen, unsere anerkannt feste Organisation zu sprengen? Kennen die Herren die Devise nicht: „Leben und leben lassen?“ Ihr Verein soll von uns als zu Recht bestehend anerkannt werden und unsern Verband wollen sie sprengen! Welche Logik! Die Aufforderung, aus dem Verband zu treten, wurde natürlich von allen davon Betroffenen energisch zurückgewiesen; an räumigen Schafen fehlte es allerdings auch nicht; diese empfehlen wir den Herren zur gefälligen weiteren Ausweitung. Mit Genugthuung kann jedoch vermeldet werden, daß jeder einige Nichtverwandter diesen Angriff auf die persönliche Freiheit als auf sich beziehend betrachtet haben und es unter ihrer Würde hielten, unter diesen Umständen fortzuarbeiten. Die Zahl der event. Ausgesperrten beträgt in 15 Ditzinen zusammen 153 Mann. Es ist wohl selbstverständlich, daß diese sodann auch gehörig unterstützt werden müssen; jedoch werden wir wohl in Anbetracht der großen Zahl der in ganz Deutschland Betroffenen auf die Hilfe anderer Arbeiter angewiesen sein. Bis jetzt sind wir stets in der Lage gewesen, unsere Angelegenheiten selbst auszuführen und unsere Collegen in allen Gefahren zu unterstützen, in dem Augenblick aber, in dem die Existenz unserer Vereinigung auf dem Spiel steht, müssen wir die Dyspewilligkeit der Arbeiter womöglich ganz Deutschlands in Anspruch nehmen. Briefe, Unterstützungsgelder u. s. w. solle man adressiren: E. Rottmann, Schrift-seher, Kiezingarten, Fürstenstraße, München.

Zum Schluß wollen wir noch mittheilen, daß der Münchener Buchdrucker-Vokalverein Sonntag den 16. März eine musikalische Unterhaltung abhält, zu der die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie sämtlicher Fachvereine eingeladen worden sind. Der Ertrag ist zum Besten der Unterstützung unserer Collegen.  
J. A.: Rudolph Böhm, II. Schriftführer  
des Allbayerischen Bauverbands.

**Würzburg.** Sonntag den 9. März fand hier eine Volksversammlung statt, wozu der Herr C. Grillenberger aus Nürnberg als Referent amwesend war. Derselbe sprach über die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen und Ziele, sodann über die indirecten und directen Steuern, und zum Schluß besonders über die enorme Tabaksteuer, worauf der Vorsitzende Wedekeser der Versammlung eine Resolution vorlegte, welche einstimmig von der gut besuchten Versammlung angenommen wurde. Die gedachte Resolution lautet: Die heutige Volksversammlung protestirt aufs Entschiedenste gegen die projectirte Erhöhung der Tabaksteuer, weil sie den materiellen Ruin und die Corruption des Volkes befördert, und beantragt das Bureau, diesen Beschluß durch den Reichstagsabgeordneten Hrn. Bebel dem Reichstage zur Kenntniß zu bringen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Amwesenden auf, sich in die Mitgliederliste der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzutragen zu wollen, welcher Aufforderung 30 Mann nachkamen. Es besteht von nun an wieder eine Parteimitgliedschaft in Würzburgs Mauern. Mit sozialdemokratischem Gruß  
Wedekeser, Rottmann, Ohlhaunt.

**Regensburg, 8. März.** Von hier kann ich die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Partei immer kräftiger sich entfaltet. Nachdem wir vor sechs Wochen eine Volksversammlung in dem Dorfe Rainhausen abgehalten und dort eine Mitgliedschaft gegründet hatten, benutzten wir die Amwesenheit Nord's in Süddeutschland und beriefen in unserer Schwesterstadt Staktambhof für den 10. Februar eine Volksversammlung. Dieselbe war von reichlich 600 Personen besucht. Nord sprach in eindringlichster Weise über die Prinzipien der Sozialdemokratie und hat mit seinem zweistündigen Vortrag alle gegen uns gemachten Angriffe entschieden widerlegt und der Partei neue Mitglieder zugeführt. Am Montag, den 3. März, war Memminger von Nürnberg hier, auch er sprach in denselben Lokale und war der große Saal überfüllt. Auf der Tagesordnung stand „Das heutige Ausbeutungssystem in Staat und Gesellschaft“. Die Ausführungen des Redners fanden ungetheilten, oft stürmischen Beifall. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Tabaksteuer energisch protestirt wird. Diese Resolution soll an unseren derzeitigen, einzigen Volksvertreter Bebel übermittelt werden, damit er sie dem Reichstage unterbreite. Die Versammlung wurde unter Hochs auf die Sozialdemokratie und Abingung des Liedes „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod“ geschlossen, und hat auch sie der Partei verschickene Mitglieder zugeführt. Wird ein Jahr in der jetzigen Weise gearbeitet, so werden die Herren vom liberalen und Gewerkeverein unmöglich gemacht sein. Da ich gerade vom „Gewerkeverein“ rede, so will ich jenem „Herrn“, welcher sich jüngst erlaubte, mit Grillenberger und mir anzubinden, nur erwidern, daß es nicht meine Schuld ist, wenn er ein eng zusammengedrängtes Referat nicht lesen, oder sein Correspondent einen gehaltenen Vortrag nicht verstehen kann; er hat eben nur bewiesen, daß Bildung noch lange nicht seine größte Tugend ist.

Wir halten hier alle 8 Tage Parteiversammlung und mindestens alle 3 Wochen eine Volksversammlung ab. Außerdem hat jede Gewerkschaftsmittgliedschaft alle 8 Tage Versammlung, und zwar in unserem Lokale, goldene Sonne beim Brückthor, auf das wir allenfalls zureisende Parteigenossen aufmerksam machen.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
C. F. Rid.

**Regensburg.** Zugang von Schuhmachern ist fernzuhalten. Bericht in nächster Nummer.

Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Poststr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.